

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Nazis sprengen Reichstag

Ein Sozialdemokrat im Parlament von Nazis überfallen und verprügelt
Der Reichstag kapituliert vor dem Hakenkreuz — Brüning gerettet
Groener den Nazis geopfert

Faschismus im Parlament

Das sitzende Verhalten, das die Nationalsozialisten bei Beginn der diesmaligen Sitzungsperiode des Reichstags an den Tag legten und das den „Vorwärts“ bereits in der Hoffnung auf eine Wiedergeburt des deutschen Parlamentarismus schwelgen ließ, hat nicht lange gewährt. Zeigte schon Göring am zweiten Tage, daß die Hakenkreuzler keinen Wert auf gute parlamentarische Zensuren legen, so führten am Donnerstag in der Frühe die Nationalsozialisten im Reichstag eine Szene auf, die nach dem einmütigen Urteil der Presse alles bisher im Reichstag Erlebte in den Schatten stellt.

Während einer Abstimmung im Plenum überfielen — geführt von dem Fememörder Heines — fünf Nationalsozialisten den durch die Veröffentlichung der Röhm-Briefe bekanntgewordenen Journalisten Klotz, während er allein im Reichstags-Restaurant saß und prügelten ihn nieder, worauf sie wieder fluchtartig verschwanden. Als dann Klotz in Begleitung zweier Hausinspektoren den Wandelhallenflügel durchschritt, in dem sich die Nazi-Abgeordneten aufhielten, um die Leute festzustellen, wurde er erneut von Nazis überfallen und mit Faustschlägen zu Boden geprügelt.

Der Vorfall erregte begreiflicherweise im Reichstag unter den Abgeordneten der Linken große Aufregung, die sich noch steigerte, als der Reichstagspräsident Löbe nach erfolgter Abstimmung von dem Ueberfall Kenntnis gab und damit die Erklärung verband, daß er die Kriminalpolizei beauftragt habe, die Täter ohne Ansehen der Person festzunehmen.

Da unter solchen Umständen die Verhandlungen unmöglich fortzuführen waren, unterbricht Löbe kurzerhand die Sitzung.

Nach Wiederbeginn der Sitzung um 12.45 Uhr gab Löbe bekannt, daß in der Zwischenzeit der Aeltestenrat zu dem Vorfall Stellung genommen habe. In dem von diesem gefaßten Beschluß kam die ganze

Solidarität der bürgerlichen Parteien mit den Nationalsozialisten

zum Ausdruck. Darin war nicht mehr von einer Festnahme der Täter ohne Ansehen der Person die Rede, sondern der Beschluß ging lediglich dahin, daß der Vorfall „Gegenstand polizeilicher Untersuchung“ sei.

Diese Mitteilung rief auf der Linken eine sichtliche Mißstimmung hervor, die zum Teil auch die Reihen der SPD-Abgeordneten ergriff. Einige von ihnen gaben ihrem Unwillen ganz unverhüllt Ausdruck und erklärten, daß sie aus Protest gegen eine solche Entscheidung nicht an der von Löbe eröffneten Abstimmung über die gegen die Regierung und einzelne Minister eingebrachten Mißtrauensan-

träge teilnehmen werden. Man bemerkte, wie Crispian aufgeregt die Reihen der SPD-Abgeordneten durchließ und jedem einzelnen einschärfte, daß jeder einzelne unbedingt gegen die Anträge stimmen müsse. Seitens des Fraktions-Vorstandes der SPD wurde den rebellierenden Mitgliedern zugesagt, daß die SPD-Fraktion sofort zu dem Vorfall Stellung nehmen und eine andere Entscheidung erzwingen werde.

Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses wurde sofort von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf

Vertagung um eine Stunde gestellt, der auch Annahme fand.

Daß es sich hierbei nur um ein Beruhigungsmanöver seitens des SPD-Vorstandes handelte, sollte sofort der weitere Verlauf demonstrieren. Zwar verkündete Löbe nach Wiederaufnahme der Verhandlungen, daß die Täter auf 30 Sitzungstage ausgeschlossen werden, aber als die vier namentlich genannten Abgeordneten — Heines, Stegmann, Kraus und Weitzel — keine Miene machten, der Aufforderung auf Verlassen des Saales zu folgen, schloß Löbe auf neue die Sitzung und behielt sich die neue Einberufung vor.

Erst nach geraumer Zeit erschien eine Hundertschaft Schupo im Saal, ohne indessen zu den Festnahmen zu schreiten. Die Nationalsozialisten empfangen sie mit dröhnenden Pfui-Rufen und

der Nazi-Abgeordnete Ley nahm sogar demonstrativ auf dem Stuhle Brünings Platz

und steckte sich eine Zigarette an, worauf die Schupo, offenbar auf höhere Weisung, den Sitzungssaal wieder verließ.

So nahm diese so ruhig begonnene Sitzungsperiode des Reichstags ein symbolisches Ende: die Sieger blieben die Nazis. Die gesamten bürgerlichen Parteien kapitulierten vor dem Hakenkreuz und mit ihnen auch die SPD.

Das aber ist nur die eine Bedeutung dieser Sitzungsperiode. Die andere wird durch den zweimaligen Ueberfall auf den SPD-Journalisten Klotz erhellt, der — alle Umstände sprechen dafür — wohl vorbereitet und mit allem Bedacht erfolgt war. Was damit beabsichtigt war, duldet keinen Zweifel: der Ueberfall ist eine bewußte Herausforderung der SPD. Mit ihm wollten die Nazis demonstrieren, daß sie keine Macht mehr fürchten und sich schon als die Herren fühlen, was auch durch den weiteren Verlauf in vollem Umfang bestätigt wurde.

Die nationalsozialistischen Ueberfälle auf Angehörige linker Parteien haben sich in der letzten Zeit derart gehäuft, daß nicht mehr daran zu zweifeln ist, daß hier ein System vorliegt. Insofern sind die Vorgänge im

Militärdiktatur vorbereitet!

Reichswehrgeneral Hammerstein und Admiral Raeder an Stelle Groeners im Kabinett!

TU. Berlin, 12. Mai 1932.

Wie die Telegraphen-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat der Reichswehrminister Groener an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn bittet, ihn von seinem Amte zu entbinden. Der Reichspräsident wird diesem Wunsche entsprechen. Die Leitung des Reichswehrministeriums übernimmt der Chef der Heeresleitung General von Hammerstein, für die Seemacht der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. Raeder.

Die Reichstagskomödie hat mit Vorgängen geendet, geeignet, den ganzen drohenden Ernst der Lage für die Arbeiterklasse in Deutschland alarmierend aufzuzeigen.

Nachdem dem Scheinparlament noch einmal gestattet wurde, Brüning zu tolerieren, da dieser Brüning dazu bestimmt ist, auf der Konferenz in Lausanne die imperialistischen Forderungen der herrschenden Klasse in Deutschland zu vertreten, wird es nach Hause geschickt. Aber in der gleichen Stunde, da die Tolerierungsmehrheit des Reichstages eben ihre Scheinabstimmung für das Vertrauensvotum für die Diktaturregierung abgeben durfte, fällt unter dem Druck der offenen Konterrevolution hinter den Kulissen, der bei den Faschisten in Mißkredit gekommene Reichswehrminister Groener. An seine Stelle tritt der Reichswehrgeneral von Hammerstein als Reichswehrminister, und der Herr Groener „bleibt“ Innenminister. Seine Erledigung erfolgt etappenweise. Niemand zweifelt mehr daran, daß er, wie Goebbels gestern schrieb, „ein toter Mann ist“. Niemand zweifelt daran, daß sein Rücktritt mit den Nationalsozialisten abgekartet war. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, er wäre erbracht, durch das höhnische Pamphlet, das Goebbels noch während der Reichstagsabstimmungen, als die Regierungsmehrheit für die Gesamtregierung stimmte, bereits im „Angriff“ veröffentlichte.

Wie weit das Bündnis der Hindenburgfront mit dem Faschismus bereits gediehen ist, das zeigt ein weiterer Vorfall, der gestern bei seinem Bekanntwerden als aufrüttelnde Sensation gewirkt hat. Im Reichstag überfallen die Nationalsozialisten feige den mißliebigen Journalisten, der die Röhm-Briefe veröffentlicht hat. Er kann kaum vor ihrer Lynchjustiz gerettet werden. Die Regierung und das Reichstagspräsidium unternehmen nichts, um die nötige Sühne zu veranlassen. Zur Beruhigung der unerhörten Erregung wird später verbreitet, daß gegen Abend endlich die schul-

Reichstag ein neues alarmierendes Warnungssignal. Die Schläge der Nationalsozialisten gelten nicht einzelnen Personen oder einer einzelnen Partei, sondern der gesamten Arbeiterschaft. Nur die gesamte Arbeiterschaft wird sich auch der Schläge erwehren und über den Faschismus triumphieren können.

digen Attentäter, darunter der berüchtigte Fememörder Heines, sistiert und auf das Polizeipräsidium gebracht sind. Eine halbe Stunde später wird gemeldet, daß sie auf Intervention Fricks bereits wieder freigelassen sind.

Die Ereignisse sprechen eine deutliche Sprache!

Von der Brüning-Diktatur zur Militärdiktatur, und von der Militärdiktatur zur Faschistendiktatur, das ist der Weg, auf dem die deutsche Bourgeoisie die Krise lösen will. Das ist der Weg zur Lösung der Krise im Geiste von 1914, erneuert durch die bonapartistischen Abenteuerer um Hitler.

In dieser Stunde, die die Größe der Gefahr der Arbeiterklasse zeigt, wendet sich die Sozialistische Arbeiterpartei erneut an die deutsche Arbeiterklasse mit der Losung:

Nur die Einigung der Arbeiterklasse bringt eine Rettung, nur die sofortige Bildung eines Verteidigungs-Arbeiterblockes aller Arbeiterorganisationen ist der Weg dazu! Mögen die Arbeiter ihn erzwingen, ehe es zu spät ist!

(Der Parteivorstand wendet sich heute in einem Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen. Wir veröffentlichen ihn im Innern des Blattes.)

Die vier Nazis festgenommen und wieder entlassen

TU. Berlin, 12. Mai 1932.

Die vier aus dem Reichstag ausgewiesenen nationalsozialistischen Abgeordneten wurden nach ihrer Festnahme in das Beratungszimmer des Aeltestenrates geführt und dort einer vorläufigen Vernehmung unterzogen. Gegen 16 Uhr wurden die Abgeordneten in einem Kraftwagen eines Ueberfallkommandos nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Wie wir soeben erfahren, wurden die vier Sistierten auf Intervention von Frick wieder entlassen!

Staat ohne Macht

Von Max Seydewitz

Der skandalöse Vorfall, der am Donnerstag zum vorzeitigen Schluß des Reichstages führte, hat überzeugender als viele schöne Reden und viele sachliche Argumente den Beweis dafür erbracht, wie stark die bürgerlichen Parteien des Reichstages bereits vor den Nationalsozialisten kapituliert haben, wie weit die Vorbereitungen für die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierung bereits gediehen sind und wie wenig Kraft die staatliche Macht heute noch gegen offene faschistische Ausschreitungen und Provokationen hat.

Nationalsozialistische Abgeordnete prügeln im Parlament einen sozialdemokratischen Journalisten. Nach vielen Zwischenfällen schreibt der Präsident des Reichstages endlich zu der Ausweisung der prügeln den Nationalsozialisten aus dem Reichstag. Diese denken jedoch gar nicht daran, der Anweisung des Präsidenten Folge zu leisten. Die offene Ablehnung der Nationalsozialisten gegen die Maßnahme des Präsidenten führt nun aber nicht dazu, daß der Präsident, wie in früheren Fällen kommunistischen Abgeordneten gegenüber die widerspenstigen Abgeordneten durch die Polizei aus dem Plenarsaal schaffen läßt, um die sachlichen Beratungen des Parlaments fortzusetzen, sondern der Präsident und mit ihm diese deutsche Volksvertretung kapituliert vor der Frechheit der Nationalsozialisten, hebt die Sitzung vor Erledigung der Tagesordnung auf und vertagt den Reichstag auf unbestimmte Zeit.

Das tatsächliche Ergebnis des Zwischenfalls ist, daß ein paar prügeln den Nationalsozialisten Abgeordnete dem Reichstag die Fortsetzung seiner sachlichen Arbeiten unmöglich gemacht haben, daß der Reichstag die noch zu erledigenden Abstimmungen nicht vornehmen konnte. Das tatsächliche Ergebnis ist, daß ein paar prügeln den Nationalsozialisten Abgeordnete dem Reichstag aufliegen ließen und daß keine staatliche Macht sichtbar war und eingesetzt wurde, um den Widerstand der Faschisten zu brechen und dem Parlament die Erledigung seiner parlamentarischen Arbeiten zu ermöglichen.

Die wirkliche Situation in Deutschland wurde durch die auf diese Weise vorzeitig beendete Reichstagsperiode blitzartig beleuchtet. Die Nationalsozialisten fühlen sich bereits als die sicheren Herren von morgen, und die bürgerlichen Parteien bringen keinerlei Kraft mehr auf, der offenen Verhöhnung der Volksvertretung durch die Faschisten entgegenzutreten. Die staatliche Macht, die gegen die linksradikalen Kreise heute rückwärtslos denn je zugreift, versagt beim Einsatz gegen die Nationalsozialisten vollkommen. Zwar erschien im Reichstage eine Hundertschaft Schupo, aber die Führer dieser Polizeibehörde griffen nicht zu, sondern verhandelten mit den Nationalsozialisten, die die Polizeibehörde mit Hohn und Schimpfworten überschütteten.

Symbolisch für die weitere Entwicklung in Deutschland war die Tatsache, daß die Führer der Nationalsozialisten, die im Plenarsaal des Reichstages mit den Führern der Polizeibehörde verhandelten, sich dazu auf die Regierungsbank begaben und auf den Stühlen der Minister sitzend, mit den neben ihnen stehenden Polizeioffizieren sprachen. Symbolisch aufgezeigt wurde dadurch, daß der Staat die Machtapparate des kapitalistischen Staates im entscheidenden Augenblick im Kampf gegen die Faschisten versagt, daß alle sozialdemokratischen Minister gerade dann, wenn es darauf ankommt, keine Machtposition der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus sind.

Die Entwicklung der Dinge vom 14. September 1930 bis zu diesem 12. Mai 1932 hat leider nur zu sehr die Richtigkeit unserer Kritik an der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik bewiesen, die praktisch den Faschisten den Weg zur Machtübernahme freigemacht hat. Dieser 12. Mai 1932 hat darüber hinaus den Beweis erbracht, daß im Kampf gegen den Faschismus der Arbeiterklasse Bündnisse mit den in der Stunde der Gefahr immer unzuverlässiger werdenden bürgerlichen Parteien nichts nützen, daß die einzige wirkliche Kraft gegen die faschistische Gefahr die proletarische Klassenfront und die Aktionsfähigkeit der auf ihre eigene Kraft sich verlassenden Arbeiterklasse ist.

Dieser 12. Mai 1932 bestätigt die von der Sozialistischen Arbeiterpartei von Anfang an vertretene Auffassung, daß diejenigen, die im Kampf gegen den Faschismus sich darauf verlassen, daß die staatlichen Machtmittel des kapitalistischen Staates zur Verhinderung der Machtübernahme durch die Faschisten eingesetzt werden, vor dem Feinde kapitulieren.

Dieser 12. Mai 1932 ist ein Warnungssignal in allerletzter Stunde. Dieser 12. Mai mahnt: „Prolet, greif zu! Proletarier Deutschlands, schafft euch durch die Bildung des Kampfblocks der proletarischen Organisationen die Kraft und die Macht, die allein in der Lage ist, den Faschismus zu schlagen und zu überwinden.“

Die Abstimmung im Reichstag

Ablehnung der Mißtrauensanträge

Schuldentilgungsgesetz angenommen

Berlin, 12. Mai 1932.

Vor dem Auflegen des Reichstages durch die an anderer Stelle des Blattes behandelten nationalsozialistischen Provokationen fanden noch einige Abstimmungen über vorliegende Gesetzentwürfe statt.

Um 10 Uhr begann der Reichstag die Beratung eines vom Zentrum vorgelegten reaktionären Gesetzentwurfes, wonach

verheiratete weibliche Reichsbeamte entlassen

werden können, wenn dienstliche Gründe das ermöglichen. Dieser Gesetzentwurf, der den Muckerwünschen des Zentrums entspricht und die Frauen entgegen der durch die ökonomische Situation geschaffenen Tatsachen ins Haus verbannen will, ist ein Vorstoß gegen die Gleichberechtigung der Frau. Der sozialdemokratische Redner hat das zwar festgestellt, aber trotzdem hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion für diesen Gesetzentwurf gestimmt.

Dieses Gesetz, das verfassungsändernden Charakter hat, wurde mit 460 gegen 73 Stimmen bei 13 Stimmenthalten angenommen. Die verfassungsändernde Mehrheit wurde dadurch erreicht, daß mit den anderen bürgerlichen Parteien auch die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in Einheitsfront für das Gesetz stimmten.

Gegen das Gesetz stimmten nur die Kommunisten und die Sozialistische Arbeiterpartei. Eine Meldung der kommunistischen „Welt am Abend“, daß nur die Kommunisten gegen das Gesetz gestimmt haben und die Sozialistische Arbeiterpartei für das Gesetz gewesen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Im Anschluß daran stimmte der Reichstag ab über das

Schulden-Tilgungsgesetz und das Anleihe-Ermächtigungsgesetz.

Dieses Gesetz wurde in der Schlußabstimmung mit 287 gegen 260 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmten die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten. Gegen das Gesetz stimmte die Rechtsopposition, die Kommunisten und die Sozialistische Arbeiterpartei. Vor der Abstimmung über

die Mißtrauensanträge

gegen die Regierung gab Abg. Dingeldey für die Deutsche Volkspartei folgende Erklärung ab:

„Seine Fraktion wird für die Mißtrauensvoten gegen die Reichsregierung und gegen einzelne Minister stimmen, jedoch nicht für den Mißtrauensantrag gegen den Außenminister, weil das den Anschein erwecken könnte, als wären sie mit den vom Außenminister aufgestellten Zielen der Außenpolitik, nämlich Freiheit und Gleichberechtigung, nicht einverstanden. Die Volkspartei werde weiter für die Anträge stimmen, das Verbot der SA und der SS aufzuheben. Werden diese Verbote aufgehoben, so werden wir auch gegen das verlangte Verbot des Reichsbanners stimmen. Sollten aber die Anträge für SA und SS abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag gegen das Reichsbanner stimmen.“

Die Ablehnung der Mißtrauensanträge durch die Sozialdemokratie begründete

Abgeordneter Breitscheid

mit folgender Erklärung:

In Verfolgung unserer bisherigen Politik lehnen wir sämtliche Mißtrauensanträge ab. Wir tun das aus (Zurufe rechts: Angst!) den gleichen Gründen wie bisher. (Zwischenrufe rechts.) Wir möchten nicht, daß durch den Sturz des Kabinetts Brüning einer Partei der Weg zur Macht geöffnet wird, die politisch und moralisch nicht die Voraussetzungen dazu mitbringt.“ Die Anträge der verschiedenen Parteien für Annullierung und die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung weiter vorbereitet hat, setzten die Sozialdemokraten ihre schädliche Tolerierungspolitik fort und übernahmen durch die Ablehnung der Mißtrauensvoten die Verantwortung für die immer arbeiterfeindlicher werdende Politik dieser Regierung Brüning.

Die Mißtrauensanträge gegen die Regierung wurden in namentlicher Abstimmung mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt.

Nach diesem Abstimmungsergebnis, der wirklich kaum noch eine reale Bedeutung hat, kam der an anderer Stelle unseres Blattes behandelte Zwischenfall wegen der nationalsozialistischen Prügeln. Im Anschluß an diesen Zwischenfall wurde die Tagungsperiode des Reichstages vorzeitig beendet und das Parlament kam nicht mehr zur Abstimmung über die noch vorliegenden zahlreichen Anträge.

Nicht zur Abstimmung kamen die Mißtrauensanträge gegen die einzelnen Minister, die Anträge der verschiedenen Parteien für Arbeitsbeschaffung, die Anträge für Aufhebung der letzten Notverordnungen gegen die kom-

munistische Freidenkerorganisation und gegen das Reichsbanner.

Nicht zur Abstimmung kamen die Anträge auf Einstellung der Polizeikostenzuschüsse und die kommunistischen Anträge auf Austritt aus dem Völkerbund und Einstellung der Reparationszahlungen.

Die Reichstagsmehrheit kapituliert vor den Frechheiten der Nazis und der Reichstagspräsident schickte den Reichstag vor Erledigung seiner Arbeiten nach Hause.

Da die Abgeordneten dieses Auseinander-tretens des Parlaments nicht für möglich hielten, verblieb die Mehrzahl noch lange Zeit im Plenarsaal und wartete auf den Wiederbeginn der Sitzung. Sie warteten aber vergebens, der Reichstag war auf unbestimmte Zeit vertagt und soll nach neuerlichen Meldungen erst nach Pfingsten, am 6. Juni, wieder zusammentreten.

Rechtsopposition macht Parlament auf eigene Faust

Berlin, 12. Mai 1932.

Das Auflegen des Parlaments am Donnerstag hat eine allgemeine Verwirrung angerichtet. TU, meldet, daß die Nationalsozialisten die sofortige Einberufung des Aeltestenrates verlangt haben. Da nach Meldung von TU, Reichstagspräsident Löbe und Vizepräsident Esser nicht aufzufinden waren, hat der deutschnationalen Vizepräsident Graf auf eigene

Ein Nazi württembergischer Landtagspräsident

TU, Stuttgart, 10. Mai 1932.

Der neugewählte württembergische Landtag hielt am Dienstag nachmittag seine erste Sitzung ab. Zum Präsidenten des Landtags wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Mergenthaler gewählt, und zwar mit 52 von 80 Stimmen. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Abgeordneten Andre vom Zentrum und Pflüger von der Sozialdemokratie, der im alten Landtag Präsident gewesen ist.

Die Wahl des Staatspräsidenten wird voraussichtlich in 14 Tagen stattfinden.

Rechtsschwenkung der „Germania“

Berlin, 10. Mai 1932.

Als vor wenigen Tagen bekannt wurde, daß der Chefredakteur des Zentralorgans der Zentrumspartei, die intime Vertrauensperson des Reichskanzlers Dr. Brüning, Dr. Ernst Buhla, seiner Stellung entbunden worden sei, wurde die sofort aufgetauchte Meinung, daß damit die Herren des Aufsichtsrats der „Germania“ den bisherigen Kurs des Blattes zugunsten einer ausgesprochenen Politik der Annäherung an die Rechte herumwerfen wollten, von der Redaktion des Zentrumsblattes sofort dementiert.

Jetzt wird bekannt, daß der Aufsichtsrat, dem der frühere Zentrums-Landtagsabgeordnete v. Pape, bekannt geworden durch seine täppische Erfüllung gewisser Spionageaufträge als Militär-Attaché in USA während des Krieges, angehört, den Herausgeber der konservativ-katholischen Wochenschrift „Der deutsche Weg“, Herrn Emil Ritter, berufen hat.

Mit diesem Personalwechsel wird klar, daß das ursprüngliche Dementi der „Germania“ falsch war und daß der faschistenfremde Zentrumsflügel tatsächlich mit all seinen zum Durchbruch drängenden ökonomisch starken Kräften (Klöckner und Lammers sind die Führer dieser katholischen Industriellenkreise) an Boden gewinnt.

Bauernaufstände in Jugoslawien

Jugoslawien war in den letzten Tagen der Schauptat großer Bauernaufstände. In Prijedor hatten sich über 2000 Bauern versammelt. Sie griffen zunächst die öffentlichen Gebäude und dann auch die Kaufhäuser an, die ebenso wie in Banjaluka geplündert wurden. Aus der bosnischen Stadt Tuzla wird berichtet, daß sich der frühere Abgeordnete der serbischen Bauernpartei, Dr. Milosch Dupanjanin, mit etwa 200 Mann in das Gebirge zurückgezogen hat. Diese Gruppe scheint mit anderen kleineren Gruppen in Verbindung zu stehen, so daß sich ein Kleinkrieg mit den Gendarmen entwickelt, die in dem schwer zugänglichen Gebirge stark im Nachteil sind.

Faust die Einberufung des Aeltestenrates für Donnerstag nachmittag 5 Uhr verfügt. Nach der gleichen Meldung hat der Direktor des Reichstages sich geweigert, die Einberufung anzunehmen, da nicht jeder x-beliebige Vizepräsident die Einberufung einer solchen Sitzung vornehmen könne, und nur der Reichstagspräsident selbst zu bestimmen hat, welcher Vizepräsident ihn im Falle seiner Behinderung zu vertreten hat. Nach der gleichen Meldung soll Präsident Löbe, der inzwischen wieder erschienen war, die Einberufung des Aeltestenrates auf Donnerstag, 5 Uhr, verfügt haben.

Das Vorgehen des Rechtsopposition gehörenden Vizepräsidenten Graf erweckt den Anschein, als ob die Rechtsopposition sich angesichts der Schwäche der Parlamentarmehrheit Parlament auf eigene Faust spielen will.

Auswärtiger Ausschuss ohne Regierungsparteien!

Berlin, 12. Mai 1932.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist wider Erwarten doch noch am Donnerstag nach Schluß des Reichstages zusammengetreten, um Mitteilungen des Reichskanzlers über die außenpolitische Lage entgegenzunehmen. Da jedoch in der Sitzung nur die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten erschienen waren, konnte der Vorsitzende, Abg. Frick (Nazi), lediglich die Beschlussfähigkeit des Ausschusses feststellen und die Sitzung aufheben.

Arbeitslosensturm in Neuseeland

TU, Wellington, 10. Mai 1932.

In Wellington, wo erst vor kurzem schwere Arbeitslosenunruhen stattgefunden hatten, kam es am Dienstag erneut zu gefährlichen Zusammenstößen. Tausende von Arbeitslosen versammelten sich vor dem Abgeordnetenhaus und verlangten Zutritt. Erst als sämtliche Polizeikräfte aufgeboten waren, gelang es, die Menge zu zerstreuen. Sie versammelten sich jedoch bald wieder im Innern der Stadt. Die Demonstranten nahmen eine so drohende Haltung ein, daß die Polizei nicht einzuschreiten wagte. Unter lautem Geschrei stürmten die Arbeitslosen durch die Straßen, warfen die Schaufenster der Geschäfte ein und plünderten viele Läden, wie dies schon bei den letzten Unruhen geschehen war.

Verbot kommunistischer Versammlungen

Essen, 11. Mai 1932.

Der Polizeipräsident in Essen hat mit Rücksicht auf die schweren Ausschreitungen während und nach der Erwerbslosenkundgebung am Dienstag alle öffentlichen Versammlungen der Kommunistischen Partei und ihrer Unter- und Nebenorganisationen sowie die öffentlichen Aufzüge ab sofort verboten.

Die Blutschuld des russischen und des internationalen Faschismus

Von einem Leser werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die von uns im Aufsatz „Die Blutschuld des russischen und des internationalen Faschismus“ zitierte Autorin Propokowitsch-Kustowa selbst nicht Faschistin sei, was wir hiermit berichtigen. Sie hat allerdings ihren Beitrag „Über die Elemente des russischen Faschismus“ in einem Sammelbuche über den internationalen Faschismus (Verlag Braun Karlsruhe 1928) veröffentlicht, in dem u. a. Herr Giuseppe Bottai, faschistischer Unterstaatssekretär in Italien, und andere Mitarbeiter ähnlicher Gedankenrichtung durch Beiträge vertreten sind. Frau Kustowa stellt übrigens in ihrem Aufsatz den italienischen Faschismus und den Kommunismus in Rußland als gleichermaßen „vorübergehende Erscheinungen“ hin, was ebenso wie die Gesellschaft, in der sie sich als Autorin bewegt, ihre Gelstesrichtung genügend präzisiert.

Weiter haben wir zu berichtigen, daß in dem zitierten Aufsatz eine falsche Information der „Welt am Abend“ übernommen wurde, wonach im Organ des Emigrantenführers Miljukoff, den „Letzten Nachrichten“, ein interventionistischer Aufsatz des Attentäters Gorgulow gegen die Sowjetunion erschienen sei.

Die „Letzten Nachrichten“ lehnen trotz ihres antibolschewistischen Standpunktes die Intervention gegen die Sowjetunion ab, die Mitteilung der „Welt am Abend“ beruhte also nicht auf Tatsachen.

An alle Arbeiter! An alle Arbeiterorganisationen!

Klassengenossen!

In einer Stunde höchster Gefahr für die Arbeiterklasse wenden wir uns an euch. Der Ausgang der Reichstagskomödie hat sie blitzartig aufgezeigt.

Während das Scheinparlament Brüning noch einmal für die kurze Gnadenfrist bis zur Lausanner Konferenz tolerieren durfte, erhebt sich hinter ihrem Wegbereiter Brüning drohend die faschistische Konterrevolution.

Mit neuen Notverordnungen gegen die Arbeiterklasse, mit der Anrufung des Geistes vom August 1911, mit der halben Preisgabe Groeners, der die vollige Preisgabe bald folgen wird, mit der Hereinnahme von Generalen ins Kabinett ist Brünings Gnadenfrist erkaufte.

Von der Brüningdiktatur zur offenen Militärdiktatur, von der Militärdiktatur zur Faschistendiktatur,

das ist der Weg, auf dem die herrschende Kapitalistenklasse den Ausweg aus der Krise sucht.

Mittlerweile wächst die Krise von Tag zu Tag, wachsen ihre unerträglichen Lasten für die Arbeiter und Werktätigen, wächst das entsetzliche Elend und wächst unaufhaltsam die faschistische Bürgerkriegs- und Kriegspartei.

Aktionsunfähig steht der drohenden Katastrophe die Arbeiterklasse gegenüber. Noch immer ist nicht einmal die ganze Größe der Gefahr, in der sie schwebt, von ihr erkannt.

Noch immer, Klassengenossen, laßt ihr zu, daß die großen Organisationen der Arbeiterklasse, daß Gewerkschaften, Kultur- und Sportverbände, Konsumgenossenschaften, daß die großen Parteien SPD und KPD, daß eure Organisationen,

bei denen auch heute noch die Entscheidung, ob Sieg oder Untergang liegt,

die verhängnisvolle Politik fortsetzen, daß sie ihre Kräfte im gegenseitigen Kampf schwächen und der vorwärtstürenden Konterrevolution keinen Damm entgegenzusetzen.

Die einen, indem sie sich als Geduldete der Hindenburgfront auch jetzt noch an den vermeintlichen Retter Brüning klammern und Schritt um Schritt vor den Schlägen der Präsidentendiktatur zurückweichen, die anderen, indem sie sich in einer Sektiererfront dem drohenden Verhängnis hoffnungslos isoliert entgegenwerfen wollen, und dabei durch ihren fanatischen Haß gegen alle andersdenkenden Arbeiter die Kluft der Spaltung vertiefen helfen.

Wenn diese Politik fortgesetzt wird, ist die Niederlage, eine Niederlage, die auf Jahre, vielleicht auf Jahrzehnte die Arbeiterbewegung zurückwirft, unvermeidlich!

Millionen bewegt heute die Frage, wie dem weiteren Vordringen des Faschismus Einhalt geboten, wie der Niedergang der Arbeiterbewegung aufgehalten,

Klassengenossen, Kommunisten und Sozialdemokraten!

**Der Feind steht rechts, der Feind ist der Kapitalismus!
Sozialismus ist die Rettung! Einigung der Arbeiterklasse der Weg!**

Wenn ihr zögert, ist die Niederlage unvermeidlich. Darum:

Her mit dem Arbeiterblock gegen den Faschismus!

Der Parteivorstand der SAP.

Ehrfurcht?

Wir machen nicht den Versuch, uns gegen die Argumente des Klassenfeindes zu verteidigen. Das würde bedeuten, daß eine Annäherung zwischen zwei getrennten Welten möglich wäre. Sie ist nicht möglich.

An einem typischen Fall soll nur gezeigt werden, wie die bürgerliche Gesellschaft ihre eigene Schuld auf die unterdrückte Klasse wieder einmal abwälzen möchte.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den Motiven zu dem Mord an dem Moabiter Hausbesitzer-ehepaar. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß der Mangel an Ehrfurcht bei der proletarischen Jugend an dem Verbrechen schuld sei.

„... ich gebe der Lehre vom proletarischen Mythos und ihrer auflösenden Einwirkung auf die Jugend die Schuld... Die Ehrfurcht... ist Kraft und Halt des Lebens.“

Hier wird Ehrfurcht vor einer verbrecherischen Gesellschaft verlangt, die den Jugendlichen der arbeitenden Klasse ausbeutet, die durch schreiendste Ungerechtigkeit gekennzeichnet ist, deren Wirtschaftssystem die Menschen auf die Straße wirft, sie der Klassenjustiz und Polizeiwillkür preisgibt.

„Die Erziehung zum freien, selbstbewußten Klassenmenschen kann die Ehrfurcht vor dem Leben und seinen Mächten nicht brauchen.“ Der Verfasser identifiziert Ehrfurcht mit der Ehrfurcht vor der bürgerlichen Klassengesellschaft.

Ein Narr oder Verbrecher, der vor Menschen, die ihn treten und quälen, Ehrfurcht empfindet.

Jawohl, unser Kampf richtet sich gegen eine Ehrfurcht, die vor der feindlichen Klasse duckmäusert.

„Alle Bindungen im Menschen müssen aufgelöst werden, damit nur die eine übrig bleibt: die an die Klasse.“

Richtig, unsere vornehmste Aufgabe, vor der wir allerdings Ehrfurcht haben, ist die bewußte Zersetzung alles dessen, was euch heilig ist. Unsere Worte und unsere Taten sollen wie Salzsäure auf eure Heiligtümer wirken. Und wenn wir zehnmal an einen Gott glaubten, so würden wir ihn verachten und euch verspotten, nur weil ihr auch daran glaubt.

Wir kennen nur eine Richtschnur: eure Welt zu unterminieren; nur ein Ziel: eure Heiligtümer zu diskreditieren; nur eine Aufgabe: gegen eure Gesetze zu verstößen!

Wir wollen Machiavellis des Klassenkampfes sein!

„Nur materielle Werte gelten, Diesheitswerte.“

Man hört, wie er vom Kaviar aufstößt. Nun Zigarre her, wir wollen von Gott und Ehrfurcht sprechen!

Ihr versteht den Mord an dem Hausbesitzer-Ehepaar nicht? Ihr könnt auch nicht verstehen, daß es Menschen gibt, die Hunger haben, die zu allem fähig sind, nachdem ihr ihnen die Existenzgrundlage entzogen habt.

Wir wissen: euch wird unbehaglich in eurer Haut, auch ihr könntet irgendwie mal Schaden nehmen. Doch ihr wollt keine Sühne für den Mord, ihr verlangt nach Rache und Vergeltung. Wenn euch das Schicksal jenes Ehepaares etwas angeht, würdet ihr abtreten!

Faselt und fuselt nicht von dem Mangel an Ehrfurcht bei dem Proletariat. Hättet ihr Ehrfurcht vor dem Schicksal eurer eigenen Klassengenossen, würdet ihr sie nicht in einem langen, sinnlosen Klassenkampf opfern, den ihr schließlich doch verlieren müßt!

Ein Mord? Jawohl! Aber eure ganze Ge-

wie die drohende Katastrophe der Arbeiterklasse vermeiden und ein Ausweg gefunden werden kann.

In dieser Lage gibt es nur eine Rettung:

Einigung der Arbeiterklasse!

Das heißt radikale Umkehr der bisher von den großen Parteien, von Kommunisten und Sozialdemokraten betriebenen Politik. Der Politik, die die verhängnisvolle Spaltung vertieft und verewigt, die die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution preisgibt, den Kapitalismus trotz der Krise, die seine Grundfesten schwanken macht, gestärkt, und zu seiner Rettung die faschistische Pest großgezuchtet hat.

Das heißt:

Konzentration aller Kräfte des Proletariats gegen den Klassenfeind!

Gegen die herrschenden Monopolkapitalisten, gegen ihre Notverordnungs-diktatur und gegen den Faschismus.

Klassengenossen, auch wir wissen und erkennen an, daß nach fast zwei Jahrzehnten der Spaltung die Einheit der Arbeiterklasse nicht von heute auf morgen herzustellen ist, und daß eine Einheit weder auf dem Boden des Reformismus noch auf dem Boden der ultralinken Politik herzustellen ist.

Aber sofort möglich ist trotz der Kluft, die heute die sozialdemokratische und die kommunistische Bewegung trennen,

ein Kampfblock aller Arbeiterorganisationen auf dem Boden des entschiedenen Klassenkampfes,

die Zusammenfassung der heute getrennt marschierenden Parteigruppe der „Eisernen Front“ und der „Roten Front“, der Parteigruppe der Kommunisten, die, solange sie getrennt marschieren, getrennt geschlagen werden müssen und die ganze Klasse in die Niederlage hineinziehen.

Sofort möglich und unerlässlich ist trotz aller grundsätzlichen Differenzen, trotz der unseligen Erbschaft des jahrelangen Bruderkampfes die Herstellung einer

eisernen roten Front für gemeinsame Klassenforderungen!

Für solche Forderungen, die den Arbeitern und Arbeiterorganisationen nach ihren eigenen Programmen in allen Richtungen auch heute gemeinsam sind:

Möglich und unerlässlich ist die sofortige Aufnahme des gemeinsamen Kampfes für die Verteidigung

der Ueberreste jener Freiheiten und Errungenschaften, die das Proletariat in der bürgerlichen Revolution erkämpfte.

Möglich und unerlässlich ist die sofortige Aufnahme des gemeinsamen Kampfes gegen die Unternehmeroffensive, für die sofortige Hebung des unerträglich herabgedrückten Lebensstandards der Arbeiterklasse, gegen jede weitere Verschlechterung und Lohnherabsetzung, gegen jeden weiteren Angriff auf die Reste der Sozialpolitik, die kümmerlichen Bezüge der Arbeitslosen, der Arbeitsinvaliden usw.

Möglich und unerlässlich ist die sofortige Aufnahme des gemeinsamen Kampfes für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durch die Erzwungung der Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Weiterführung der stillgelegten Betriebe, die sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit, die Einstellung der skandalösen Subventionswirtschaft und des Protektionismus, der Zölle, die Herabsetzung der Riesengebälter — durch die Erzwungung von Sondersteuern aus den Sonderprofitten des Monopolkapitals.

Möglich und unerlässlich endlich ist die sofortige Aufnahme des gemeinsamen Kampfes

gegen den Hauptfeind, gegen den Mordfaschismus,

die Herstellung einer antifaschistischen Front der Abwehrorganisationen der Arbeiter aller Richtungen, gegen den Terror, die gemeinsame Front des Kampfbundes, des Schutzbundes, des Reichshatters und der anderen Abwehrorganisationen der Eisernen Front.

Möglich, trotz aller grundsätzlichen Differenzen, wenn die Sozialdemokratie die Tolerierungspolitik aufgibt und die Kommunistische Partei ihre Anklündigung wahr macht, mit allen Arbeiterorganisationen zuzugehen, die wirklich einen gemeinsamen Kampf führen wollen.

Unerlässlich, wenn das Proletariat nicht auf Jahre und Jahrzehnte in seinem Befreiungskampf zurückgeworfen werden soll.

In den oben aufgeführten Fragen sind die Vertreter aller Parteien einer Meinung, für die Durchkämpfung dieser Fragen können alle Parteien zusammenstehen.

Wir fordern die Führungen aller Arbeiterorganisationen auf, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen.

Wir fordern die Mitglieder dieser Organisationen auf, bei ihren Führungen für die Bereitschaft zur Herstellung des Arbeiterblocks mit allem Nachdruck zu wirken, bei ihnen liegt die Entscheidung!

Wir fordern alle Arbeiter und Werktätigen auf, diesen Kampf der Sozialistischen Arbeiterpartei zu unterstützen

und unsere Kampffront zu stärken.

Ehrfurcht?

Wir machen nicht den Versuch, uns gegen die Argumente des Klassenfeindes zu verteidigen. Das würde bedeuten, daß eine Annäherung zwischen zwei getrennten Welten möglich wäre. Sie ist nicht möglich.

An einem typischen Fall soll nur gezeigt werden, wie die bürgerliche Gesellschaft ihre eigene Schuld auf die unterdrückte Klasse wieder einmal abwälzen möchte.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den Motiven zu dem Mord an dem Moabiter Hausbesitzer-ehepaar. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß der Mangel an Ehrfurcht bei der proletarischen Jugend an dem Verbrechen schuld sei.

„... ich gebe der Lehre vom proletarischen Mythos und ihrer auflösenden Einwirkung auf die Jugend die Schuld... Die Ehrfurcht... ist Kraft und Halt des Lebens.“

Hier wird Ehrfurcht vor einer verbrecherischen Gesellschaft verlangt, die den Jugendlichen der arbeitenden Klasse ausbeutet, die durch schreiendste Ungerechtigkeit gekennzeichnet ist, deren Wirtschaftssystem die Menschen auf die Straße wirft, sie der Klassenjustiz und Polizeiwillkür preisgibt.

„Die Erziehung zum freien, selbstbewußten Klassenmenschen kann die Ehrfurcht vor dem Leben und seinen Mächten nicht brauchen.“ Der Verfasser identifiziert Ehrfurcht mit der Ehrfurcht vor der bürgerlichen Klassengesellschaft.

Ein Narr oder Verbrecher, der vor Menschen, die ihn treten und quälen, Ehrfurcht empfindet.

Jawohl, unser Kampf richtet sich gegen eine Ehrfurcht, die vor der feindlichen Klasse duckmäusert.

„Alle Bindungen im Menschen müssen aufgelöst werden, damit nur die eine übrig bleibt: die an die Klasse.“

Richtig, unsere vornehmste Aufgabe, vor der wir allerdings Ehrfurcht haben, ist die bewußte Zersetzung alles dessen, was euch heilig ist. Unsere Worte und unsere Taten sollen wie Salzsäure auf eure Heiligtümer wirken. Und wenn wir zehnmal an einen Gott glaubten, so würden wir ihn verachten und euch verspotten, nur weil ihr auch daran glaubt.

Wir kennen nur eine Richtschnur: eure Welt zu unterminieren; nur ein Ziel: eure Heiligtümer zu diskreditieren; nur eine Aufgabe: gegen eure Gesetze zu verstößen!

Wir wollen Machiavellis des Klassenkampfes sein!

„Nur materielle Werte gelten, Diesheitswerte.“

Man hört, wie er vom Kaviar aufstößt. Nun Zigarre her, wir wollen von Gott und Ehrfurcht sprechen!

Ihr versteht den Mord an dem Hausbesitzer-Ehepaar nicht? Ihr könnt auch nicht verstehen, daß es Menschen gibt, die Hunger haben, die zu allem fähig sind, nachdem ihr ihnen die Existenzgrundlage entzogen habt.

Wir wissen: euch wird unbehaglich in eurer Haut, auch ihr könntet irgendwie mal Schaden nehmen. Doch ihr wollt keine Sühne für den Mord, ihr verlangt nach Rache und Vergeltung. Wenn euch das Schicksal jenes Ehepaares etwas angeht, würdet ihr abtreten!

Faselt und fuselt nicht von dem Mangel an Ehrfurcht bei dem Proletariat. Hättet ihr Ehrfurcht vor dem Schicksal eurer eigenen Klassengenossen, würdet ihr sie nicht in einem langen, sinnlosen Klassenkampf opfern, den ihr schließlich doch verlieren müßt!

Ein Mord? Jawohl! Aber eure ganze Ge-

sellschaft ist eine Summe von Mordtaten. Ihr seid schuldig! Auf der Anklagebank der Klassengeschichte wird über euch das gleiche Urteil gefällt werden.

Das allgemeine Gebet

Das Amtsblatt der Erzdiözese München und Freising veröffentlicht das von erzbischöflicher Stelle angeordnete allgemeine Gebet:

„Allmächtiger, ewiger Gott, — Herr, himmlischer Vater, — sieh unsern Jammer, unser Elend, unsere Not. — Erbarme dich aller Christgläubigen, wende ab Arbeitslosigkeit und Hungersnot, — die Gottlosen sind am Werk, deinen Namen zu schänden, — deine Gebote abzuschaffen, — den Frieden der Völker zu stören. Herr, laß dein Volk nicht untergehen in Neid und Klassenhaß, gib uns Einheit im wahren Glauben.“

Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr!

Taifun in Annam

Paris, 12. Mai 1932

Nach Meldungen aus Hanoi hat ein Taifun, der vor einigen Tagen über die Provinz Phanthiert hinwegfegte, fast 200 Menschenopfer gefordert. 134 Leichen wurden bereits an die Küste geschwemmt. 170 Eingeborenenboote sind auf dem Meer untergegangen und 137 andere wurden schwer beschädigt. Mehrere tausend Stück Vieh sind umgekommen. Der Sachschaden hat noch nicht annähernd festgestellt werden können.

Die Bergungsarbeiten in Lyon

Paris, 12. Mai 1932

Wie aus Lyon gemeldet wird, sind am Mittwoch drei weitere Leichen, darunter die eines dreijährigen Knaben, geborgen worden. Um die gewaltigen Steinmassen aufräumen zu können, müssen noch weitere Sprengungen vorgenommen werden. Im Laufe des Vormittags fand man ein Aktienpaket im Werte von einer Million Franken, dessen Eigentümer noch nicht festgestellt ist. Seine Leiche dürfte unter den Trümmern liegen. Zwei am Dienstag noch lebend geborgene Personen, Mutter und Tochter, sind kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Frau Mathie, die während eines Ferngesprächs mit ihrem Mann von der Katastrophe überrascht und verschüttet wurde, ist noch am Leben; die Aerzte hoffen, sie trotz der furchtbaren Quetschungen durchzubringen.

Französischer Kohlendampfer gesunken

Paris, 12. Mai 1932

Der französische Kohlendampfer „Arez“, der zwischen England und Lorient verkehrt, ist auf ein Riff gelaufen und gesunken. Die 16köpfige Mannschaft konnte sich im letzten Augenblick retten. Sie wurde von einem Fischdampfer aufgenommen und in den Hafen gebracht.

Die neue Stellung / Von Walmann

Ihr bisheriges Leben lang hatte Anna, die jetzt zweiundvierzigjährige Küchenmamsell, ihre Arbeitskraft als Köchin den „Herrschaften“, wie sich eine gewisse Art von Ausbeutern üblicherweise hieß, zur Verfügung gestellt. Im Laufe der Zeit hatte sich nach ihr Äußeres zu ihren Ungunsten verändert und wirkte erschwerend bei der Suche nach einer neuen Stellung, trotz der besten Referenzen, die sie als Spezialistin in der Kochkunst aufzuweisen hatte. Bei der künftigen Wohlfahrtsunterstützung, die Anna jetzt zum Leben erhielt, hieß es langsam verkünden, und wohl oder übel mußte sie heute Arbeit annehmen, ohne viel nach Lohn oder Gehalt zu fragen, wenn es ihr nur gelang, Essen und ein Dach über dem Kopf zu haben. So konnte sie denn von Glück sprechen, als sie eines Tages vom Arbeitsnachweis zu einem Rittmeister a. D. als Mamsell vermittelt wurde.

Voller Hoffnungen betrat Anna das im Berliner Westen gelegene Haus, wo der neue Arbeitgeber eine mehrzimmrige Wohnung innehatte. In dem sonnigen Gewände argwöhnte der an seinem Schiebefenster Wache haltende alte Pförtner keinen Dienstboten und ließ sie den Aufgang „Nur für Herrschaften“ ruhig passieren. Informierend las sie im zweiten Stockwerk angelangt: „Rittmeister a. D. v. Londen“, als auch gleichzeitig die Wohnungstür aufging. Mit erschreckter Miene stand im Türschwelle die sich zu einem Spaziergang bequembende Frau Rittmeister. Noch ehe Anna über ihre Anwesenheit sprechen konnte, wettete die Erschreckte los: „Unverschämtheit, hier am hellen Tage betteln zu kommen, noch dazu in diesem Aufgang.“ — „Pförtner! Pförtner!“ schrie sie mit überschneppender Stimme die Treppen hinunter. Prompt erschien denn der Gerufene und erkundigte sich nach der Ursache der Unruhe in „seinem“ Hause. Nicht leicht war es Anna, der aufgeregten „Dame“ klar zu machen, daß sie ja die neue Mamsell sei. Mit den Worten: „Na, dann lassen Sie sich mal von Herrn Briske die „Aufgang für Dienstboten“ zeigen und stellen sich dann vor“, flog die Tür ins schnell hingeschmettert, flog die Tür ins Schloß, und der Pförtner Briske geleitete Anna zu „ihrem“ Aufgang. Beim Betreten der steinernen Wendeltreppe machte sie unwillkürlich halt und überlegte, ob es nicht nach dem soeben gehaltenen Auftritt doch ratsamer wäre, schleunigst kehrtzumachen. Doch schnell schob sich das Gespenst der Arbeitslosigkeit mit allen seinen grausigen Begleiterscheinungen in den Vordergrund und gab ihr Mut, die Stelle unter allen Umständen anzunehmen. Oben wurde eine Tür geöffnet. Mit süßsaurer Miene lugte die „Gnädige“ durch den Türspalt und gebot der erscheinenden Anna einzutreten. Ihr Benehmen schien sich geändert zu haben, denn bei Annas Eintritt in die verwahrloste aussehende Küche stammelte sie etwas wie „Entschuldigung“.

Nach langem Hin und Her wurde man sich endlich einig. Anna war hier nicht nur Mamsell, sondern noch Köchin, Stuben- und Einholmädchen. Mit einem Wort: sie war „Mädchen für alles“. Für die vielen Positionen mit ihrer nicht wenigen Arbeit hatte man ihr freies Essen, Logis und fünfzig Mark im Monat zugesichert. Genau dasselbe, was Johann, der Diener des „Herrn“, der auch zu ihrer Unterstützung mit herangezogen werden sollte, erhielt.



Copyright by AGIS-VERLAG Berlin-Wien 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radinverbreitung vorbehalten.

7. Fortsetzung

Das waren die Leute mit Geld, die nicht viel zu arbeiten brauchten und die sich sieben, acht Sorten Wurst und Schinken und Speck kaufen konnten, weil sie ihre Arbeiter so schlecht bezahlten. So war Hans das von Lissi und Friedel, von zu Haus und seinem Elend durch den Kopf gegangen. Immer an den Läden vorbei. Da liegt alles, was sein Herz begehrt. Nur hereinspaziert. Ein Zeitungstand. Zwölfuhrblatt! Furchtbare Bergwerksunglück. Zweihundert Bergleute eingeschlossen. Rettung aussichtslos. Und da gingen Menschen vorbei, die das nicht lasen, die das nichts anging. Zweihundert Bergleute. Schlimm, schlimm. So geht's dem Arbeiter, dachte Hans nach. Da sind sie im Bergwerk oder im Betrieb und dann passiert was, dann sind zehn, oder hundert, oder zweihundert tot und es steht groß über allen Zeitungen, und am Abend steht schon was anderes darüber und morgen sind sie bald vergessen. Wie kommt das nur? Und da fuhr ein Schnell-Lastwagen mit Schupos vorbei. In Reih' und Glied, starr und steif saßen die da oben. Karabiner zwischen den Knien. Da war beim Nachweis vielleicht wieder was passiert. Da schlugen sich ja

Schon in den ersten Tagen, nachdem Anna erst gründlich Ordnung in den unordentlichen Haushalt geschaffen hatte, konnte sie sich vergewissern, wie es mit der „neuen“ „Herrschaft“ stand. Bei ihren Einkäufen für die Küche, die sie auf Pump tätigen mußte, wurde ihr bald der Kredit für „Rittmeisters“ gesperrt, da die benachbarten Geschäftsleute alle schon im Laufe der Zeit mit Hunderten von Mark von Annas „Herrschaft“ angezogen worden waren. Selbst das für die Hunde der „Gnädigen“ bestimmte Hundefutter nahm ihr der Fleischer wieder aus der Einholtasche, als es sich beim Bezahlen herausstellte, daß Anna ankreiden lassen wollte. So kam es recht oft vor, daß für das Dienstpersional nur immer kleine und schlecht zubereitete Mahlzeiten vorhanden waren, während es sich die „Herrschaften“ dennoch an nichts fehlen ließen. Besonders der „Herr Rittmeister“ hielt nichts von Einschränkung. Wenn er nur jeden Tag seine bestimmte Anzahl Flaschen Wein oder Sekt und die genügende Anzahl Zigarren hatte, die ihm täglich der im Hause wohnende Apotheker mittels Boten zustellen mußte, so sollte es ihm schon recht sein, wenn die Dienstboten hungerten. Für die Bedürfnisse des „Herrn“ war immer Geld da. Während der ehemalige Rittmeister infolge des allzu reichlichen Alkoholenusses aus seinem immer angetrunkenen Zustande gar nicht mehr erwachte, war der in seiner jetzigen Stellung mit weißen Handschuhen servierende Johann schon so heruntergekommen, daß ihm vor Hunger des öfteren schwindlig wurde.

Anna, die es wiederholt verstand, einige Fetthappen von der „Herrschaft“-Tafel verschwinden zu lassen, um sie heimlich dem ihr leid tuenden Johann zuzustecken, wurde bald gewahr, daß alles nichts mehr bei ihm half. Sein Magen nahm nichts mehr an, und daher riet sie ihm endlich, ärztliche Hilfe aufzusuchen. Er tat es denn auch. Für die „Gnädige“ war das eine „Dreistigkeit ohne gleichen“, und sofort setzte sie das Telefon in Bewegung, um der Krankenkasse mitzuteilen, daß der Diener gar nicht krank, sondern nur faul und arbeitsscheu sei. Nun, der Arzt war anderer Meinung, und Johann kam ins Krankenhaus.

Ein Ersatz für den erkrankten Johann war nicht sobald zur Stelle, da es die vom Nachweis Übermittelten ablehnten, zu den gestellten Bedingungen zu arbeiten, und so wurde denn Anna auch noch ein großer Teil von des Dieners Arbeit aufgebürdet, ohne dafür besonders entlohnt zu werden. Sie merkte, wie zunehmend ihre Kräfte schwanden, zumal das Essen alles Gute zu wünschen übrig ließ.

Nun vermeinte Anna eines Tages zu träumen, als ihr der Bote eines großen Warenhauses ein Paket in die Küche brachte, in welchem sich zwei Liten befanden. Schon kam auch die „Gnädige“ angerauscht und gab Anweisungen für die Zubereitung des seltenen Bratens. Anna versprach sich diesmal gültig zu tun an der fetten Mahlzeit. Aber schon bei dem Ausnehmen und Säubern des Geflügels sollte sich ihr Heißhunger merklich abkühlen. Ein übler Geruch entströmte den Eingeweiden der bläulich angelaufenen Enten. Annas Vermutung, daß sie es mit nicht gänzlich einwandfreiem Fleisch zu tun hatte, bestätigte sich bald beim Kochen und Braten. Sie schwor, das fertige Essen nicht eher anzurühren, als bis die „Herrschaften“ davon genossen hatten.

immer mal weiche, und dann bildeten sich Gruppen und es wurde politisch, und dann kam die Schupo.

Mal mit dem Gummiknüppel. Mal hatten sie aber auch Karabiner.

Wie kommt das nur? Arbeiter untereinander, gegeneinander. Hinterher Polizei.

Weitergehen. Weitergehen. Was steht denn da? Da — da steht es doch! ...

Arbeitsbursche, 15—17 Jahre, Radfahrer! für sofort gesucht. Meldung im Laden.

Mit Blaustift geschrieben. Da hing das Schild im Laden. Ganz frisch mußte das sein, niemand hatte es vielleicht gelesen. Arbeitsbursche. Radfahrer.

Der Himmel war doch blau. Irgendwo mußte die Sonne scheinen. Von der Kirche kam Glockenschlag voll und schön her: elf Uhr. Vor dem Arbeitsnachweis sprang die Besatzung des Schupos herunter, bildete eine Kette und kam den bedrängten Beamten zu Hilfe.

Weitergehen! Bitte weitergehen! Schrille Pfiffe. Ihr Hunde!

In diesem Augenblick betrat Hans den Laden.

„Ich möchte ... ich möchte ... das Schild da draußen.“

„Ach so“, sagte das nette Fräulein, „Herr Schickler, hier ist schon ein junger Mann.“

„Na, dann kommen Sie mal her. Radfahren können Sie? Papiere? Wohnung?“ — Jetzt, Hans, jetzt kommt's ... gleich ist es aus ...

„Letzte Stelle?“

Nein, er wird nicht gefragt. Sie können gleich anfangen.“ — Und Hans fängt an. Bei Schickler, Haus-

Doch beim Anblick der dampfenden garnierten Schüsseln regte sich bei der ausgegorenen Anna mit dem Hunger wieder der Appetit, und gierig verschlang sie den ersten Happen der für sie so seltenen Speise.

Noch bevor sie den „Herrschaften“ den Tisch gedeckt hatte, stellten sich bei ihr Brechreiz und Schwindelgefühl ein, was erst durch den herbeigeholten Arzt einigermaßen behoben werden konnte, der die sofortige Ueberführung Annas wegen Fleischvergiftung ins Spital veranlaßte.

Hier ging der Heilungsprozeß sehr langsam vor sich, da die schwächliche Natur Annas wenig fördernd wirkte. Nicht als geheilt, aber „gebessert“ entließ man sie eines Tages. Obwohl Anna letzter Arbeitgeber durch die plötzliche Erkrankung und den noch ausstehenden Lohn bei ihr in Schuld stand, lehnten es „Rittmeisters“ ab, sie weiter zu beschäftigen. Es blieb kein anderer Ausweg für sie, als wieder die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch zu nehmen, von der ihr eine wöchentliche Unterstützung von fünf Mark zuerkannt wurde. Ein Hungerdasein, wie es Anna noch nicht erlebt hatte, setzte für sie ein. Dazu machte sich das durch die Fleischvergiftung verursachte Leiden immer stärker bemerkbar. Der von ihr gestellte Antrag auf eine Ernährungszulage bei der Gesundheitsfürsorge wurde aus Sparsamkeitsgründen abgelehnt, und man stellte ihr anheim, den letzten Arbeitgeber auf Schadenersatz zu verklagen, was sie jedoch daran hinderte, daß sie glaubte, dann überhaupt keine Stellung mehr zu erhalten. Sie hofft immer noch, als alte Mamsell mal eine neue Stellung zu finden, und merkt gar nicht, daß auch sie nur ein Ausbeutungsobjekt bestimmter Menschen ist, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihr Drohendasein führen, während sie ihre „Untergebenen“ elendig zugrunde gehen lassen.



„Farbiger Ton-Kultur-Film“

In den Ufa-Kinos läuft gegenwärtig ein technisch interessanter Film: Tonfilm in natürlichen Farben aufgenommen. Das Experiment kann noch nicht als gelungen bezeichnet werden, da die Aufnahmen infolge starker Unterbelichtung ausnahmslos rotstichig waren und von natürlichen Farben nicht viel enthielten.

Uns interessiert aber neben der Technik der Film-Inhalt. Man zeigte „Tanz und Rhythmus“, Darbietungen einer nicht ganz unbekanntem Tanzschule. Wir können uns kaum etwas Sinnloseres, Dekadenteres vorstellen, als diese Gliederverrenkungen, mit plump erotisierender Note in verschiedenen Szenen. Dieser „Kultur“-Film ist als Denkmal verlogener bürgerlicher Körperkultur allerdings mustergültig. Wer hingegen proletarische Körperkultur im Film zeigt, wer einen Film wie „Kuhle Wampe“ herauszubringen wagt, der wird durch Verbot und Zensur in seine Schranken zurückgewiesen. Welch Unterschied zwischen den „Leistungen“ der bürgerlichen Tanzschule und den famosen Darbietungen der Arbeitersportler auf der Berliner Maifeier der SAP! Aber der Ufa-Farbenfilm dürfte volksbildend, jugendfrei, steuerfrei, amtlich empfohlen sein — Kuhle Wampe, ein wirklicher Kulturfilm wird verboten bzw. verfällt der Zensurscheere. — el.



„Gesellschaft und Wirtschaft“ Bildstatistisches Elementarwerk*)

Obwohl die Statistik uns erst die notwendigen Anhalte gibt zur planmäßigen Gestaltung der gesamten Lebensordnung und zur systematischen Nutzung der vorhandenen Kräfte, ist dennoch kaum eine Tätigkeit denkbar, die den Geist noch schneller und ausgiebiger ermüden würde als die Beschäftigung mit statistischen Ergebnissen. Denn die Eigenart statistischer Ziffern besteht ja darin, daß sie nicht bloß — jede für sich — einen Begriff verkörpern, sondern erst in ihren Beziehungen zueinander lebendig werden. Die plastische Herausarbeitung dieser Verhältnisse bedeutet aber für jeden Menschen — besonders natürlich für die im sinnlichen Denken Befangenen und Ungeübten — eine harte geistige Anstrengung, sozusagen eine geistige Schwerarbeit.

Das genannte bildstatistische Elementarwerk fußt auf der Erkenntnis, daß es besser ist, vereinfachte Mengenbilder sich zu merken als genaue Zahlen zu vergessen, und spricht zu uns und belehrt uns demzufolge in einer Bilderschrift, durch die eine bestimmte Menge von Gegenständen durch eine bestimmte Menge von Zeichen dargestellt wird. Mit 100 Schautafeln 46 mal 30 cm groß vermittelt es auf die eindringlichste Weise ein ungeheures Maß von Wissen, z. B. über die Bedeutung der internationalen Handelsbeziehungen, der Kolonialwirtschaft, der Wanderung, der modernen Wirtschaftsverbände Amerikas und Europas, der Stellung der Sowjet-Union in der Welt usw. usw., und zwar in einer so leichten Art, daß schon ein Kind den Sinn der Darstellungen erfassen kann, und so mühelos, daß man selbst am Abend eines anstrengenden Arbeitstages noch einen Genuß bei der Betrachtung des Werks empfindet. Allein schon die Farben in ihrer wundervollen Reinheit und Harmonie sind eine wahre Augenweide.

Während den Farben der Zeichen infolge der geringen Zahl der deutlich unterscheidbaren Farben lediglich eine symbolische Bedeutung zukommt, lassen die Umrisse der Zeichen mühelos und sofort den Gegenstand erkennen, der hier statistisch behandelt wurde. Derselbe Gegenstand ist immer durch dasselbe Zeichen gekennzeichnet. Dadurch und weiterhin durch die systematische Anordnung der Zeichen ist eine solche Einheitlichkeit des ganzen Werks erreicht worden, daß man auch die verschiedenen Tafeln wieder miteinander vergleichen kann.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum hat die Aufgabe, durch Museen, Ausstellungen, Lichtbild- und Filmvortrage und illustrierte Veröffentlichungen Bildungsarbeit zu leisten. Ihm angegliedert ist das „Internationale Archiv für bildhafte Pädagogik“ und zusammen mit dem „Mundaneum“ in Brüssel hat es — beauftragt vom Kongreß des „Weltverbandes der pädagogischen Vereinigungen“ — das Orbis-Institut gegründet, dessen wichtigste Aufgabe in der Vorbereitung eines internationalen Zivilisationsatlasses (Orbis) besteht.

H. L. Sierks.

*) Herausgegeben vom Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien; verlegt im bibliographischen Institut A.-G. in Leipzig.

haltungsgegenstände, Porzellan und Glas. Ein schönes Geschäft. Ein freundlicher Chef. Und achtzehn Mark die Woche. Wie ein Träumender steht, geht Hans herum. Wie ein Glücklicher. Ein Hans im Glück ...

Jeden Morgen um acht Uhr, auf die Minute pünktlich, findet sich Hans auf der Stelle ein. Er hat dann immer gleich Arbeit. Er muß den Kanonenofen zurecht machen. Wasser holen. Im Lager für Ordnung sorgen. Da steht vom Tage vorher manches durcheinander. Später werden die Sachen verpackt, die er zur Kundschaft bringen muß. Manchmal sind die Pakete schwer.

Das ist ganz gut. Dann merkt man nicht so sehr, wie kalt es ist. Besonders, wenn man keinen Mantel hat.

Ein tüchtiger Junge, denkt Herr Schickler. Eine gute Stelle, denkt Hans. Treppauf und treppab geht das nun wieder. Manche Straßen sind ohne Ende und wenn man doch da ist, münden sie wieder in Straßen, die auch endlos sind. Manchmal muß er von der Zentrale Sachen abholen. Wenn ein Kunde einen ausgefallenen Wunsch hat. Dann fährt Hans mit dem Dreirad.

Wenn man hinfährt, geht das schön. Nur feste treten. Klingling. „Paß auf, du Affe!“

Ein Zeitungsfahrer, ein Hecht, brüllt ihn an, als er einbiegen will und vergessen hat, mit dem Arm Signal zu geben.

Nur feste treten. Er tritt und tritt und das Rad saust.

Wenn er zurückkommt, ist das Treten so schwer. Der Schweiß steht ihm dann auf der Stirn. Rinnt den Hals herunter. Das Hemd ist naß.

Novemberluft. Es ist feucht und kalt. Die Beine tun einem am Abend so weh. Die Oberschenkel, die Waden.

Massieren ist gut.

Der „Vorwärts“ hat neulich einen fesselnden Aufsatz darüber geschrieben.

Man soll massieren nach Sport und körperlicher Anstrengung.

Hans massiert, aber er ist abends auch so und so todmüde. Er setzt sich still in die Küche.

Sagt nichts mehr und will nichts mehr. Aber er hat Arbeit und bringt Geld mit. Vater ist wieder freundlicher mit ihm. Er ist wenig zu Hause. Die Gewerkschaft und die Partei benötigen ihn mehr denn je.

Mutter ist gut. Sie gibt ihm jetzt immer Stullen mit Belag mit. Aber Zeit hat niemand für ihn. Er ist zu Hause und ist doch nicht zu Hause. Lissi ist schnippisch. Sie sehen sich wenig. Morgens beim Waschen. Ihr ist das im Grunde schnuppe, ob Hans Arbeit hat oder nicht.

Hans sieht ihren weißen Nacken, ihre festen Arme. Manchmal sieht er auch mehr.

Dann denkt er an Lilli, das schönste Mädchen vom Wedding. Damals hat er sie auf dem Rummel gesehen. Akt. Ganzakt. Nackt. Er nimmt sich vor, wieder einmal nach dem Rummel zu gehen. Vielleicht ist Lilli noch da. Ganz weißes Fleisch, glänzendes Fleisch hat die. Sie tanzte einen ruhigen Tanz vor den aufgeregten Zuschauern. Aber der Tanz war nur ein Vorwand, sie in Ruhe zu betrachten. Die Brüste wippten ganz leise und sehr aufreizend. Hans wird wieder einmal hingehen ...

Soviel Straßen gibt es in Berlin. Ein Arbeitsbursche soll sie alle kennen. Er muß den kürzesten Weg zum Halleschen Tor oder zum Strausberger Platz oder zur Bergstraße in Neukölln oder nach Steglitz kennen.

Zeit ist Geld.

Auch ein Arbeitsbursche muß das wissen. Es geht auf Weihnachten zu. Da ist doppelt zu tun.

Hans tritt und tritt und das Rad saust.

München

Der Streik der Bauarbeiter. Es stehen zur Zeit rund 800 Bauarbeiter im Streik gegen das Lohnabbaudiktat. Hiervon sind 402 freigewerkschaftlich organisiert, 250-300 gehören der RGO an, der Rest ist unorganisiert. Die Erwerbslosen haben sich ebenfalls erhoben, Streikposten zu stehen. Die vom Arbeitsamt auf bestreikte Baustellen vermittelten Bauarbeiter haben es abgelehnt, die Arbeit anzunehmen. Bemerkenswert ist, daß nicht nur die Arbeiter im Hoch-, Tief- und Kanalbau zu 95 Prozent die Arbeit niedergelegt haben, sondern daß die zum Straßenbau und zu Erdarbeiten gezwungenen Wohlfahrt-unterstützten, welche den verschiedensten Berufskategorien angehören, sich ebenfalls dem Streik angeschlossen haben, obgleich sie hierdurch ihr Anrecht auf Unterstützung verlieren. Es wird jetzt nur noch an kleineren Baustellen gearbeitet, auf denen die Unternehmer erklärt haben, die alten Löhne weiterbezahlen zu wollen. In einem Falle ist eine größere Firma vom Unternehmerverband gezwungen worden, ihre Zusage, die bisherigen Löhne zu zahlen, zurückzuziehen, so daß auch hier der Streik fortandert. Die Polizei ist sehr aktiv und versucht die Streikposten an ihrer Arbeit zu hindern. Ein Streikposten wurde verhaftet. Einem Arbeiter wurde mit polizeilicher Feststellung gedroht, wenn er die ihm vom Arbeitsamt vermittelte Arbeit nicht annehmen würde.

Taubenheim

Versammlung der Lausitzer Stromabnehmer. Etwa 200 Vertreter waren aus den verschiedensten Orten der Lausitz zusammengekommen, um gegen die überhöhten Strompreise der ASW. Stellung zu nehmen. Die Tagesordnung sah auch einen Vortrag des Diplomingenieurs Schaller von der ASW über die Strompreispolitik dieser Werke vor. Die Versammlung war aber der Meinung, daß sie sich durch Reden nicht mehr hinhalten lassen will und setzte den Punkt von der Tagesordnung ab. Daraufhin verließen Schaller und Direktor Nestler als Vertreter der ASW. den Saal. Rittergutsbesitzer Dr. v. Schlieben berichtete nunmehr über die Entwicklung der Bewegung und die Verhandlungen mit der ASW. In einer sehr ausgedehnten Aussprache kam immer wieder zum Ausdruck, daß mit Verhandlungen nichts mehr erreicht werden könne, sondern zum Kampfe übergegangen werden müsse. Eine Entschließung Dr. v. Schliebens wurde abgelehnt, worauf dieser und Paul Schöne ihre Ämter als Leiter des Zentralausschusses niederlegten. Ueber die zu treffenden Kampfmaßnahmen soll in der nächsten Versammlung beschlossen werden.

Wehrsdorf

Polizeilicher Schutz für den Kassierer des Elektrizitätswerkes. In diesen Tagen konnte man in dem Orte etwas ganz Eigenartiges beobachten, das an längst vergangene Zeiten erinnerte. Der Kassierer des Elektrizitätswerkes wurde beim Einkassieren von Stromgeldern von zwei Gendarmen zu seinem persönlichen Schutze begleitet. Die Erregung der Bevölkerung über die zu hohen Strompreise ist also bereits aufs höchste gestiegen. Allerdings fanden die Hüter des Gesetzes die meisten Türen verschlossen und mußten ergebnislos wieder abziehen.

Frankfurt a. M.

Achtung! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Seit einigen Tagen haben sich einzelne Schutzbundgenossen zum Straßenvertrieb der „SAZ“ und „SAT“, sowie der gesamten Parteiliteratur, zur Verfügung gestellt. Wir machen alle Genossen und Sympathisierende darauf aufmerksam. Auch können Bestellungen für die „Roten Bücher“ hier abgegeben werden. Die Genossen stehen an folgenden Plätzen: Kaiserstraße, Nähe Bahnhof, Hauptwache, Zeil, Ecke Stiftstraße, Konstabler Wache, Kaufhaus Wronker, Zeil.

Nachspiel zum Schulstreik. Der im Oktober vorigen Jahres in vielen Schulen Solingens durchgeführte Schulstreik, der bekanntlich mit rund 2000 Strafmmandaten an die Eltern der streikenden Kinder ein vorläufiges Ende fand, wurde am Dienstag vor dem Amtsgericht nochmals aufgerollt. Der Streik erfolgte bekanntlich wegen des Abbaus der Junglehrer, der Einstellung der Schulpflicht und der Entziehung der freien Lehrmittel. Auch an der Schule Wald 1 wurde gestreikt, ohne daß, wie von der Stadtverwaltung behauptet wurde, die Voraussetzungen für den Streik gegeben waren. Die Eltern allerdings standen auf dem Standpunkt, daß, wenn in den übrigen Schulen in der bezeichneten Weise abgebaut wurde, auch ihre Schule nicht verschont bleiben würde. Sie hielten deshalb ihre Kinder vom Unterricht fern, um dadurch den Druck auf die Verwaltung zu verstärken. Das Gericht hatte einen Fall herausgegriffen, um danach die anderen Eltern zu bestrafen. Im ganzen kamen 52 Fälle in Frage. Das Gericht war der Ansicht, Ursachen zu einem Schulstreik hätten nicht vorgelegen. (?) Der Angeklagte hätte nur zum Schaden an seinen Kindern gehandelt. Das Urteil lautete für jeden der 52 Fälle auf 3 Mark Geldstrafe für jeden Tag der Schulversäumnis oder für je 3 Mark einen Tag Haft.

Voruntersuchung gegen Frau Dr. Kienle. Gegen Frau Dr. Kienle, die gegenwärtig ihren Wohnsitz in Frankfurt hat, hat die Staatsanwaltschaft Voruntersuchung wegen gewerkschaftlicher Abtreibung eingeleitet. Ein Mädchen, das bei Frau Dr. Kienle war, wurde nach einem Abortus wegen Bauchfellentzündung ins Krankenhaus Langen eingeliefert. Nach fünf Tagen war das Mädchen tot. Frau Dr. Kienle erklärt, sie habe mit der Abtreibung nichts zu tun. Als das Mädchen zu ihr kam, sei der Abortus schon eingeleitet gewesen. Sie habe lediglich — um Infektionen vorzubeugen — eine Tamponade vorgenom-

A 1 Krieg in Sicht

Im Auditorium Maximum der Universität München hielten die drei Münchener Rotkreuz-Vereine zwei Vorträge ab. Sie waren sehr stark von Ordenschwestern, Krankenpflegerinnen, Offizieren in Zivil, Aerzten und ähnlichem Publikum besucht. Den ersten Vortrag hielt Hauptmann Seydel über „Luft- und Gas-Schutz“, den zweiten Medizinalrat Dr. med. und Dr. tech. Frankau über „Gift- und Kampfgase“. Beide Vorträge ließen erkennen, daß sich der Nationalismus ansieht, das Volk für den nächsten Krieg vorzubereiten. Unter Hinweis auf die Luftrüstungen der „ehemaligen Feindstaaten“ und auf das „Diktat von Versailles“ wurde die Notwendigkeit der Abwehrmaßnahmen betont. Die Schilderungen der Schrecken eines zukünftigen Gaskrieges durch die Pazifisten wurden als übertrieben abgetan und die Möglichkeiten einer wirksamen Verteidigung sehr optimistisch dargestellt, so daß der Laie den Eindruck gewinnen mußte, als brauche man nicht allzu besorgt einer kommenden kriegerischen Auseinandersetzung entgegenzusehen, wenn nur genügend vorgebeugt sei. Besonders der Schlußsatz des ersten Vortrages:

„Wenn sich die Bevölkerung erst einmal mehr mit dem Luft- und Gas-Schutz befaßt hat, wird sie von Luftangriffen nicht mehr moralisch erschüttert werden.“

Ebenso mußte der Film des zweiten Vortrages bei den Besuchern eine gewisse Sorglosigkeit

erwecken, eine Tatsache, die im Hinblick auf die Ungeheuerlichkeit des nächsten Krieges als verbrecherisch bezeichnet werden muß. In diesem Film wurde ein Luftangriff auf eine Großfabrik demonstriert, bei welchem die Arbeiterinnen (also Vertreterinnen des sogenannten „schwachen Geschlechts“) sich, mit Gasmasken versehen, mit einer Ruhe in den gasreichen Keller begaben, als wäre es das natürlichste und einfachste von der Welt.

Der Kapitalismus mit seiner skrupellosen Gier nach Profit nähert sich seinem Ende. Die Not, die seine Brutalität geschaffen hat, droht sich gegen ihn selbst zu richten. Da fällt ihm das schon oft bewährte Mittel ein, die Wut und Verbitterung der Ausgebeuteten von sich auf Andere abzuladen, und zwar auf die „feindlichen“ Nachbarstaaten. Man will, daß wieder Volk gegen Volk geht, und nicht etwa Ausgebeutete gegen Ausbeuter. Und damit die Betrogenen nicht merken, wer die Hetzer sind, wird die Sache nun vom Roten Kreuz und vom Luftschutzverband mit Unterstützung des Reichsinnenministers aufgezogen (daß dieser gleichzeitig Reichswehrminister ist, ist nur Zufall).

Arbeitende, laßt euch nicht wieder einfangen, verwischt nicht die Grenzlinien! Jenseits des Rheins, der Weichsel usw. leben auch Unterdrückte!

Macht euch fertig zum Widerstand gegen eure einzigen Feinde, die profitgierigen Kapitalisten aller Länder!

„Einer der es versteht, Proleten zu organisieren“

In einer Nürnberger Lederwarenfabrik waltet ein sehr tüchtiger Betriebsrat. Stramm SPD. Gotreulich kassiert er jeden Dienstag die Verbandbeiträge, was ohne Schwierigkeiten vor sich gehen konnte, weil die Mehrzahl der Arbeiter schon Jahre im Betriebe stehen und lange dem Verband angehören.

Seit kurzem schienen die Leute anderer Ansicht geworden zu sein. Warum? Es fand eine Unterredung statt, an der die höhere Instanz des Betriebes, des Verbandes, sowie das Betriebsratsmitglied G. beteiligt waren. Aus dieser Unterredung ging hervor, daß die Arbeiterinnen, die nach 1930 in den Betrieb eintraten, ihrer Urlaubsrechte und der Bezahlung der Oster-, Pfingst- und Weihnachtstage verlustig gehen sollten. Betriebsrat G. hielt es nun nicht für nötig, seine Mitarbeiter von dieser Unterredung zu verständigen. Die Belegschaft war erstaunt, als der Leiter des Betriebs, Arbeiterinnen, die schon vor 1930 im Betrieb beschäftigt waren, in kurzen Pausen zu sich rufen ließ, um von ihnen die Zustimmung zu seinen Plänen einzuholen. Als sie mit ihrer Unterschriftsleistung zögerten, erklärte der Betriebsleiter, Verbandsinstanz und Betriebsrat seien in der Unterredung mit seinen Forderungen einverstanden gewesen. Die Arbeiterinnen glaubten sich nun durch diese Abmachungen machtlos gegen die Forderung des Unternehmers und gaben ihre unterschriftliche Einwilligung.

Einer Arbeiterin, die von diesen Dingen zufällig hörte, kam die Sache nicht geheuer vor. Sie begab sich in die Kellerräume, um den dort beschäftigten Betriebsrat zu befragen. Nun stellte sich heraus, daß der Betriebsleiter nur auf „Wunsch“ des Chefs den Arbeiterinnen ihre Unterschrift abzurufen verstanden hat. Betriebsrat und Verbandsinstanz hatten ihre Einwilligung „nur“ für Arbeiter gegeben, die nach 1930 eingestellt wurden. Der Betriebsrat begab sich ins Büro. Die Arbeiterin konnte nur

noch zwei Kollegen dazu bewegen, nicht zu unterschreiben.

Nun herrschte natürlich gewaltige Aufregung unter der Belegschaft. Worte wie: „So ein Schwindel!“, wurden dem Betriebsleiter entgegen geschleudert. Dem lag wenig daran, seine Arbeit zu erledigt. Die Unterschriften waren im Büro sicher untergebracht.

Der Chef erkundigte sich, wer den Betriebsrat auf die Sache aufmerksam gemacht hatte und stellte die Laufzeit zur Betriebsvertretung während der Arbeitszeit als Entlassungsgrund hin. Durch die Solidarität der Kolleginnen kam der Name jedoch nicht an die Öffentlichkeit, d. h. an den Unternehmer, der sich damit begnügte, die durch einen Trick und die, gelinde gesagt, Nachlässigkeit eines Betriebsrates eroberten Unterschriften der Arbeiter in seinen Händen zu haben.

Die Belegschaft beschloß, künftig keine Verbandbeiträge zu leisten, sondern das Geld in einer Betriebskasse zu sammeln, um bei Gelegenheit einen Notpfennig zur Hand zu haben. Dies ist die Schuld des Betriebsrates G., der es verstehen sollte, die Arbeiter zu organisieren.

Soweit der Bericht. Wenn auch die Taktik, die von der Belegschaft nach den Machinationen von Verbandsinstanzen und Unternehmern eingeschlagen wurde, zumindest nicht richtig war, so zeigt das Schreiben mit aller Deutlichkeit, wie weit die einzelnen Verbandsinstanzen vom toleranten zum willfährigen Werkzeug des Unternehmers gesunken sind. Da wundert man sich dann noch, wenn die Arbeiter den Gewerkschaften den Rücken kehren, wenn es gut geht, zur RGO gehen oder im schlimmeren Falle den Heerhaufen der Indifferenten vergrößern.

Solche Vorkommnisse müssen aufgezeigt werden, damit auch die Arbeiter anderer Industriezweige ihren Vertretungen auf die Finger sehen, durch den Austritt wird solchen Tendenzen und nach mehr Vorschub geleistet.

men. Das Mädchen habe ihren Vorschlag, ins Krankenhaus zu gehen, nicht befolgt und sei auch nicht mehr zur Sprechstunde gekommen.

36 Millionen Mark sollen auf Kosten der Gemeindarbeiter eingespart werden. In der letzten Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der unter der R.M.F. und R.M.T.V.S. fallenden Gemeindarbeiter referierte der Betriebsratsvorsitzende der Straßenbahn, der SPD-Mann Krohn, über den Stand der Lohnverhandlungen. Krohn fungierte in der Reichs-Lohnkommission als Beisitzer, kannte also die Zusammenhänge aus eigener Anschauung. Wie Krohn schilderte, arbeiten seit der vierten Notverordnung im Reich 150 000 Gemeindarbeiter verkürzt, 40 000 Gemeindarbeiter sind entlassen worden. Die Verbandsleitung und die Führung der SPD hätten den Versprechungen Stegerwalds und Brüninges Glauben geschenkt, wonach künftighin keine Lohnkürzungen mehr durchgeführt würden. Die Verbandsleitung habe allen Ernstes geglaubt, die Zeit des Lohnabbaus sei vorüber. (Mit einer so naiven Verbandsleitung gewerkschaftliche Siege zu erkämpfen, ist allerdings ein Kunststück. D. Red.) Die Verhandlungen der Reichslohnkommission mit Ministerialrat Dr. Schilling lassen gar keinen Zweifel darüber, daß diese Versprechungen nicht ernst gemeint waren. Ministerialrat Schilling erklärte, die wirtschaftliche Situation des kommunalen Arbeitgeberverbandes erfordere unter allen Umständen eine Kürzung der Gemeindarbeiterlöhne. Auch aus politischen Gründen müsse eine Kürzung der Löhne durchgeführt werden. Die Löhne der Gemeindarbeiter würden dem Lohnniveau der Reichsarbeiter angepaßt werden. Der kommunale Arbeitgeberverband verlangt, daß sich alle Löhne nach den Ecklöhnen richten sollten. Praktisch bedeutet das, daß

Streik siegreich zu führen. Schuck (SPD) stellte sich mit seinen Ausführungen in Gegensatz zur Gewerkschaftsleitung. Er unterstützte die Ausführungen des SAP-Genossen. Seine Ausführungen gaben manchem SPD-Genossen zu denken. Im Schlußwort beschäftigte sich Krohn speziell mit den Ausführungen des Genossen Lang, der in der Debatte erklärt hatte, eine wesentliche Änderung der sozialen Lage der Arbeiterklasse sei nur möglich, wenn das Proletariat die Diktatur durchführe. Krohn meinte im Gegensatz hierzu, die „Demokratie“ sei die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats.

Kassel

Aus dem Stadtparlament. Die Stadtverordneten SAP-Genosse Adlung und der parteilose, aber zur Arbeitsgemeinschaft der KP, KPO und SAP gehörende Genosse Querc gehören seit Jahren verschiedenen, vorwiegend Schulkommissionen an, in denen sie anerkannte fruchtbare Arbeit leisteten. Nach ihrem Austritt aus der SP wurde von ihnen verlangt, auch aus den Kommissionen auszutreten. Dies wurde aber abgelehnt unter Berufung auf die Geschäftsordnung, die den Genossen auch weiterhin das Recht gibt, in den Kommissionen zu bleiben. Die SP-Fraktion verließ sich aber auf ihre schlecht informierten Juristen und erzwang durch Beschluß den Austritt der umstrittenen Genossen aus den Kommissionen. Damals, nach der vorletzten Stadtverordnetenversammlung verkündete das Kasseler „Volkblatt“ schadenfroh von der „Niederlage des Herrn Adlung.“ Inzwischen waren aber auch dem Magistrat Zweifel an der Rechtsgültigkeit des Beschlusses gekommen, und auf Grund des Einspruches Adlung mußte eine Prüfung der Rechtsgültigkeit stattfinden, deren Ergebnis jetzt bekanntgegeben wurde. Der Beschluß ist ungültig, weil er im Widerspruch zur Geschäftsordnung steht. Vorsteher Hofacker gibt öffentlich zu, daß durch den Beschluß ein Formalunrecht geschehen sei. Trotzdem läßt aber seine Fraktion erneut Beschluß fassen und eine Wiederholung der Rechtswidrigkeit herbeiführen. Die bürgerliche Mitte unterstützt gern diesen Rechtsbruch, hofft sie doch auf diese Art, unliebsame fachmännische Kritiker los zu werden. Quer und Adlung erheben erneut Einspruch gegen den Beschluß.

Solingen

So sind die „Sozialempfindenden“. Der Aufsichtsrat der städtischen Werke hatte bekanntlich den Gaspreis für die Unterstützungsempfänger von 12 auf 18 Pfennig pro Kubikmeter heraufgesetzt. Durch die ungeheure Entzündung, die durch diesen Beschluß hervorgerufen wurde, hatte die SPD-Fraktion beantragt, zur Verbilligung des Gases an Unterstützungsempfänger 150 000 M bereitzustellen. Dies lehnte der Aufsichtsrat ab. Die Spießer, die in der Aufsichtsrats-Dunkelkammer residieren, mußten nur einmal vier Wochen mit den Hungergroschen auskommen, damit würde ihrem sozialen Empfinden etwas nachgeholfen werden. — Einem Antrag, dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden beizutreten, wurde natürlich zugestimmt.

Greifswald

Die gutbesuchte Mitgliederversammlung der SAP nahm eingehend Stellung zu der Herausgabe der Zeitung „Die Generallinie“. Sie war einmütig der Ansicht, daß die Genossen, die die Zeitung herausgegeben haben, ihre Auffassungen in der SAZ hätten vertreten können, weil doch gerade sie es bisher gewesen sind, die ihre Meinungen in der SAZ am meisten propagiert haben. Auf Antrag des Genossen Fritz wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Die Ortsgruppe Greifswald, die sich heute mit der Zeitung „Die Generallinie“ befaßt, verurteilt das Verhalten der Genossen Rück, Schaber, Düby u. Gen. auf das schärfste, da dies unvereinbar mit den Prinzipien einer revolutionären Partei ist. Die Aktion von Rück und Gen. richtet nur Verwirrung in unseren eigenen Reihen an und schwächt dadurch die Aktionskraft unserer Partei in einer Zeit, in der wir im Interesse der gesamten Arbeiterklasse als eine geschlossene und aktionsfähige SAP gegen den Faschismus in Erscheinung treten müssen. Wir fordern den Parteivorstand und alle Genossen auf, mit aller Energie alle Zersetzungsarbeiten in der SAP auf das schärfste zu bekämpfen.“ Den Bericht von der außerordentlichen Unterkonferenz in Anklam erstattete Genosse Ernst Schröder, der darauf hinwies, daß diese Konferenz durch die Unwesenheit des Genossen Lewy-Berlin eine besondere Note erhalten hat. Genosse Michaelis, der ebenfalls an dieser Konferenz teilgenommen hat, bedauerte es, daß nicht alle Genossen den Vortrag des Genossen Lewy hören konnten und brachte zum Ausdruck, daß nach Ausspruch des Genossen Lewy der PV der Ansicht gewesen sei, daß in Vorpommern auf Grund des Ergebnisses der Landtagswahl eine gewisse Arbeitsmüdigkeit eingesetzt habe. Die Unterbezirkskonferenz habe das Gegenteil bewiesen. Die Diskussion zu diesen Berichten ergab, daß bis zum letzten Genossen der Standpunkt vertreten wird, daß von einer Arbeitsmüdigkeit innerhalb der Ortsgruppe Greifswald nicht die Rede sein könne. Im Gegenteil, alle Genossen waren sich darin einig, daß mit erhöhter Aktivität an die Arbeit zu gehen ist, um die SAP nach innen und nach außen zu stärken. Zur organisatorischen und agitatorischen Durchbildung der Genossen und zur Entlastung einzelner Genossen wurde eine genaue Arbeitseinteilung vorgenommen, nach der Genossen Sandhop, Ernst Schröder und Michaelis für sämtliche kulturpolitischen, der Genosse Otto Lange für sämtliche gewerkschaftlichen, der Genosse Fritz für sämtliche kommunalpolitischen, der Genosse Buchhester und noch ein zu wählender Genosse für sämtliche agrarpolitischen Fragen zuständig sind.

Gegen die nationale Einheitsfront

Rede des Genossen Siemsen

In der Reichstagsitzung hielt Genosse Siemsen folgende Anklagerede gegen die nationale Einheitsfront vom Nationalbolche-wismus bis zur NSDAP:

Das liebenswürdige Zwiegespräch, das Herr Brüning mit den Nationalsozialisten geführt hat, könnte man auch als den Beginn eines Koalitionsgesprächs bezeichnen. Der politische Sinn dieser Ausführungen ist im ganzen Hause richtig verstanden worden, und die faschistische Entwicklung, die der deutsche Staat in der letzten Zeit genommen hat, bereitet ja den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung durchaus würdig vor. Ich habe keine Zeit, diese Entwicklung im einzelnen zu schildern und beschränke mich deshalb darauf, auf zwei Vorgänge der letzten Zeit hinzuweisen. Der Herausgeber der „Weltbühne“, Karl von Ossietzky, hat gestern seine 1½jährige Gefängnisstrafe angetreten (Zuruf von den Nazis: Wohlverdient!), nachdem selbst die Umwandlung in eine Festungsstrafe abgelehnt worden war. Diese Strafe war nicht „wohlverdient“, sondern es handelt es sich hier um ein ausgesprochenes Racheurteil gegen einen Mann, der es gewagt hat, furchtlos Militärdiktatur und Klassenjustiz in Deutschland zu bekämpfen (Sehr wahr! bei der SAP).

Das andere ist das Verbot der proletarischen Freidenkerorganisation, das mit einer heuchlerischen Begründung ausgesprochen worden ist, und zwar mit der Begründung, man müsse die Gewissensfreiheit sicherstellen. Dieses Verbot, das die Vereinsfreiheit grundsätzlich aufhebt, ist vielleicht der bezeichnendste Vorgang der letzten Zeit; es ist der Beginn eines brutalen, faschistischen Vorgehens gegen die Arbeiterklasse.

Wenn so Gesetzgebung, Polizei und Justiz sich gegen die Arbeiterklasse im Sinne einer faschistischen Regierungsform vereinigen, so ist der Hintergrund für alles dies in der weiteren Aufstiege der nationalsozialistischen Bewegung, wie er bei den letzten Wahlen in die Erscheinung getreten ist, und gleichzeitig die Niederlage der Arbeiterparteien in diesen Wahlen. Schuld an diesem Wahlausgang ist die verfehlte Politik der beiden großen proletarischen Parteien (Sehr wahr! bei der SAP).

Die SPD ist in Konsequenz ihrer ganz verfehlten Politik zum zweiten Male mit Herrn Heilmann zu Hindenburg gegangen. Wenn der „Vorwärts“ vorgestern angesichts des Wahlsieges der Linken in Frankreich schrieb, die Sozialistische Partei Frankreichs möge nun eine Koalition eingehen nach dem glücklichen Beispiel der Koalition des Jahres 1928, die man ja unbedingt haben müssen, dann bedeutet das so viel Einsichtslosigkeit, daß man wohl das Wort anwenden kann: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“

Ich habe nicht die Zeit, die Politik der Kommunistischen Partei zu kritisieren. Wir haben das schon früher genügend getan, und ich habe es an dieser Stelle auch bei der letzten Reichstagsitzung getan. Die Folgen dieser falschen Politik habt ihr (zu den Komm.) ja erfahren, nicht nur durch die Wahl-niederlage, sondern auch dadurch, daß eure Wähler zum Teil zu den Nazis gelaufen sind. (Sehr richtig! bei der SAP. — Erneute Zurufe von den Komm.)

Aber das Verhängnisvolle ist, daß beide Parteien aus dieser Niederlage keine Konsequenzen gezogen haben.

In dieser Situation wäre es wohl ihre Aufgabe gewesen, am 1. Mai einmal die geschlossene Macht der Arbeiterklasse den anderen zu zeigen. Trotzdem getrennte Demonstrationen, die Bürgertum und Reaktion erkennen lassen, daß sie die Arbeiterklasse bei den heutigen Zuständen nicht zu fürchten haben.

Wenn der Kollege Breitscheid von der SPD vorgestern den Nazis ein „Kolleg“ gehalten hat, wie der „Vorwärts“ schrieb, und wenn der „Vorwärts“ dabei einen Sieg konstatierte, weil die Nazis so artig zugehört hätten, so glauben wir, daß das ein Versuch am untauglichen Objekt war, daß man heute den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus nicht mit solchen Reden führen kann, und Herr Goebbels hat ihm auch gesagt, warum die Nationalsozialisten so ruhig zuhörten: sie hatten den Eindruck, daß hier ein vorgestriker altmodischer Herr sprach, den man nicht ernst zu nehmen brauche. Es ist nichts gesagt worden, auch nicht in der Rede des Abgeordneten Schneider, der die alte bekannte Walze hier vortrug, über die Aufgabe, die die Arbeiterklasse heute hat.

Infolge der verhängnisvollen falschen Politik von SPD und KPD stehen die Nazis heute nahe vor der Machtergreifung. In diesem Reichstag hat es noch nicht ganz geklappt.

Herr Strasser hat so geredet, als ob er die Bahn zu möglichst schnellem Eintritt in die Regierung freimachen wollte, und Herr Brüning hat trotz der gestrigen Zwischenfälle, die das Konzept etwas verdorben haben, wieder sehr liebenswürdig und freundlich gesprochen. Es ist also nur eine Panne gewesen. Vielleicht haben die Nationalsozialisten auch den Wunsch, erst einmal Lausanne abzuwarten und dann, wenn Herr Brüning ohne Ergebnis zurückkehrt, in die Regierung einzutreten oder die Regierung selbst zu bilden. Jedenfalls, die Sache wird schon werden, wenn sie auch momentan noch nicht wird.

Diese Entwicklung ist umso wahrscheinlicher, als in dieser Reichstagsitzung mit aller Deutlichkeit eine Einheitsfront in die Erscheinung getreten ist, — nämlich die nationale Einheitsfront!

Wir haben hier geradezu einen Wettbewerb erlebt, wernationalistischer Herr Brüning hat sich eben mit den Nationalsozialisten darüber auseinandergesetzt, wer den Anspruch erheben dürfe, in höherem Maße national zu sein. Die Herren Groener und Göring haben sich gestern um dasselbe Thema gestritten, nämlich darüber, wer am meisten tue, um den Wehrwillen und die Aufrüstung des deutschen Volkes vorwärts zu treiben und zu erhöhen. Dieser Streit um die nationale Zuverlässigkeit setzt sich noch weiter nach links fort.

Auch zwischen den Sozialdemokraten und den anderen war ein Wettbewerb um die nationale Zuverlässigkeit. Herr Sollmann war so empört über die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie vielleicht an Kriegsdienstverweigerung denken könnte, daß er mit dem starken Ausdruck „Lügner“ reagierte gegenüber einem Nationalsozialisten, der diese Behauptung aufgestellt hatte. Der Vorwurf war auch ganz bestimmt unberechtigt. Niemand wird daran denken, daß die Sozialdemokraten im Ernstfall den Kriegsdienst verweigern werden. Im Gegenteil, seit dem Verbot der Zugehörigkeit von Sozialdemokraten zur Friedensgesellschaft ist noch manches andere inzwischen erfolgt. In dem wundervollen Diskussionsorgan der Sozialdemokratie, das unter der glorreichen Leitung von Heilmann erscheint, sind

Vorschläge gemacht worden, daß auch die sozialdemokratischen Kriegsteilnehmer ihre Kriegsauszeichnungen anlegen möchten (hört! hört! bei der SAPD), da man dadurch besonders auf die weibliche Wählerschaft Eindruck mache. Wir werden es also vielleicht bald erleben, daß neben dem Parteiabzeichen der SPD und des Reichsbanners der „Kriegsschmuck“ von den Sozialdemokraten angelegt wird.

Ich weiß nicht, ob die Sozialdemokraten sich sehr über die Anerkennung gefreut haben, die Herr Göring ihnen ausgesprochen hat, daß sie in letzter Zeit sehr patriotisch geworden seien. Allerdings hat er hinzugefügt „unter der Einwirkung unserer Propaganda“. Die Feststellung dieses wachsenden Patriotismus der Sozialdemokratie kann jedenfalls nicht bestritten werden.

Nun hat Herr Brüning am vorigen Sonntag und heute hier, sicherlich in staatsmännischer Verhüllung, doch sehr deutlich drohende Töne gegenüber dem Auslande gefunden und ultimative Forderungen gestellt! Es ist hier festzustellen, daß die Redner sämtlicher bürgerlichen Parteien in dieselbe Kerbe gehauen haben. Ich will nicht auf die einzelnen Redner eingehen und mich darauf beschränken, einen herauszugreifen. Das ist Herr Dr. Bell vom Zentrum, der gestern die letzte Rede gehalten hat. Er hat wie Brüning gesagt: Unsere Geduld ist am Ende, wir wollen Taten sehen und wir erklären hier — so hat er gesagt: — Schluß mit den Tribut; wir haben schon zuviel bezahlt! Wir weisen die Kriegsschuldige als etwas Infames zurück, anstelle der heute herrschenden Gewalt muß das Recht reden. Und dann kamen „die abgetrennten Brüder“, „deutsche Ehre“, „deutsche Würde“.

Aber kein Wort gegen die nationalistische und Kriegshetze, die in Deutschland betrieben wird!

Davon wurde nichts gesagt, daß der würdige Abschluß dieser Rede des Herrn Bell war, daß er auf den 4. August 1914 hinwies als das glorreiche Beispiel der Volksgemeinschaft. Er erinnerte an die unvergeßliche Sitzung, die damals hier alle über die Klassen hinweg geeinigt habe, und forderte die gleiche Einheitsfront, die in gleich schwerer Situation heute unbedingt notwendig sei. Herr Bell hatte als frommer Christ seine Ausführungen mit einer Art Predigt begonnen, in der er die Religion als die letzte Rettung gegenüber Arbeitslosigkeit, Not

und Verzweiflung hinstellte! Ich darf hier vielleicht nebenbei darauf hinweisen, daß im letzten Heft des Tagebuchs einiges sehr Erschütterndes zu lesen ist über die Not der jugendlichen Arbeitslosen in Berlin, die auf den Weg des Verbrechens, auf den Weg der Prostitution getrieben werden. Aber die Verfasserin dieses Artikels sagt: Verbrechen und Prostitution ist vielleicht noch nicht das Schlimmste; sondern daß Schlimmste ist, daß ein Teil dieser Jugendlichen überhaupt völlig in sich zusammensinkt und überhaupt nicht mehr für irgendeine Gemeinschaft zu haben ist. Das will Herr Bell alles mit der Religion heilen, die die letzte, höchste Zuflucht sei. Und dieser fromme Christ, der mit der Religion Not und Verzweiflung heben will, hat gleichzeitig eine Rede gehalten,

die ich hier nur als kriegshetzerisch hinstellen kann.

Er hat nur eins vergessen, als er an den 4. August erinnerte: er hat nicht gesagt, was denn dieser Krieg für die Menschen in Europa und in der Welt bedeutet hat, welche grauen-vollen Elend, welche entsetzlichen Dinge für die Menschen in diesem Kriege sich ereignet haben. Er hat auch nicht davon gesprochen, daß am Ende dieses 4. August der Zusammenbruch, die Katastrophe stand, und daß wir heute noch unter den Nachwirkungen dieses Krieges furchtbar zu leiden haben.

Es ist bedauerlich, daß die Kommunisten, wenn auch aus anderen Motiven, diese nationale Einheitsfront mit unterstützen. (Zuruf von den Komm.) Ich weiß, daß ihr etwas ganz anderes damit wollt, aber praktisch unterstützt ihr durch euren Nationalbolche-wismus diese nationalistische Politik, treibt eure eigenen Wähler und

Nur so weiter mit der „Abrechnung“!

Auf die öffentlich und brieflich ausgesprochene Zumutung der Berliner Bezirksleitung der KPD, einem KPD-Redner in unserer Mitgliederversammlung das Wort zur Berichtigung der „systematisch falschen“ Darstellung der KPD-Politik durch die SAP-Führung und Presse zu geben, antwortete unser Bezirksvorstand für die Antragsteller wohl völlig unerwartet, zu stimmend. Wir teilten den Lesern gestern den Briefwechsel mit. Unser Bezirksvorstand lud bekanntlich in eine hierzu eigens einzuberufende Berliner Mitgliederversammlung der SAP für den 26. Mai den KP-Referenten ein, und beantragte dazu seinerseits auch die Veranstaltung einer öffentlichen Diskussion zwischen KPD und SAP. Wer staunte da nicht, als er vorgestern in der „Roten Fahne“ folgendes vorgesetzt bekam:

„Abrechnung mit den SAP-Führern! Heute abend in der Mitgliederversammlung der SAP kein kommunistischer Redner zugelassen“

Die Kommunistische Partei hatte vom Bezirksvorstand der SAP gefordert, daß ein Vertreter der Kommunistischen Partei zu der heute abend tagenden General-Mitgliederversammlung der SAP zugelassen wurde, um dort in unverfälschter Weise die rote Einheitsfrontpolitik der KPD vor den Arbeitermitgliedern der SAP zu vertreten. Der Bezirksvorstand der SAP hat, wie zu erwarten, diese kommunistische Forderung „aus technischen und politischen Gründen“ abgelehnt.

Wir fragen die SAP-Arbeiter: Warum darf heute abend kein kommunistischer Redner vor euch sprechen? Hat euer Bezirksvorstand Angst davor, daß sich in Gegenwart des kommunistischen Redners eure Erbitterung über die Mänschande der SAP-Führer offen entläßt?

Diese „Entlarvung“ hat allerdings besonders kurze Beinchen, da die RF einige Zeilen später „selbstverständlich“ auch den Vorschlag, die Diskussion am 26. Mai abzuhalten, annimmt. Allerdings würde die KP aber schon in der Zwischenzeit „täglich an jeden SAP-Arbeiter herantreten, und ihm die Politik seiner Führer vor Augen führen“, die sich am 1. Mai „als Zutreiber der Künstler und Wels offen gezeigt“ hätten.

Nun wäre man versucht zu sagen, ausgezeichnet — tretet nur „täglich“ ran an die SAP-Arbeiter, sie werden euch schon das vom Manöverieren etwas verrutscht gewordene Sektiererköpfchen von wegen „Abrechnung“, „Mänschande“ usw. zurechtsetzen. Doch die Stunde ist zu ernst für die Arbeiterklasse, als daß wir uns mit der Heiterkeit über die

Anhänger sogar den Nationalsozialisten zu, wie ja feststeht, und meofem geht diese Einheitsfront leider bis zu euch hin.

Und gegenüber dieser nationalen Einheitsfront fühlen wir die Verpflichtung, mit aller Deutlichkeit das zu sagen, was heute von anderer Stelle in diesem Hause nicht gesagt wird, und wir werden uns in späteren Jahren, wenn die Folgen dieser Politik eingetreten sind, auf das berufen, was wir hier gesagt haben. Wir grenzen uns aufs schärfste ab gegenüber dieser nationalistischen Front. (Sehr richtig! bei der Sozialistischen Arbeiterpartei.)

Wir kümmern uns nicht darum, wenn man uns etwas als vaterlandlose Gesellen bezeichnen möchte. Und wir sagen weiter: wenn Herr Göring gestern gedroht hat, daß man mit diesen Verrätern aufräumen wird, so läßt uns auch diese Drohung völlig kalt.

Wenn Sie zu bestimmen haben, werden Sie das deutsche Volk in den Abgrund hineinführen. Wir lassen uns durch solche brutalen Drohungen nicht einschüchtern, und

wir halten es demgegenüber — das sagen wir Ihnen — mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die von Ihren Gesinnungsfreunden bestialisch ermordet worden sind. Wir bezeichnen mit ihnen die Kriegstreiber als die wahren Verbrecher an der Arbeiterklasse und an der Menschheit.

Und wir sagen Ihnen hier: wir werden mit äußerster Leidenschaft und mit letzter Kraft uns diesen Kriegstreibern entgegenstellen, und wenn Sie wirklich den Krieg entzünden, dann werden wir alles tun, damit Sie in diesem Kriege auf der Strecke bleiben, damit Schluß gemacht wird mit diesen verbrecherischen Treibern zum Kriege, die auf Ihrem Schuldkonto stehen. Und wir werden weiter nach Kräften dafür sorgen, daß

die Revolution, die dann den neuen Krieg beenden wird, anders verlaufen wird als die Revolution vom 9. November 1918.

(Wie? bei den Nazis.) — So,

daß mit dem Militarismus und mit seinen Helfershelfern der Kapitalismus beseitigt und eine sozialistische Welt begründet wird!

wahrhaft kindischen Hocksprünge der Roten-Fahne-Redaktion und ihrer Verlogenheit begnügen dürften, die ihren Lesern den Unsninn zumutet, den wir weiter oben zitierten.

Deshalb stellen wir mit Bedauern fest, daß sich auch diesmal wieder erweist, wie untauglich die Führung der Kommunistischen Partei ist, wirklich das Zustandekommen der unerläßlichen Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen zu fördern. Wir sind gespannt, wie der kommunistische Vertreter am 26. 5. die „unverfälschte“ Verlogenheit der Einheitsfrontmanöver seiner Parteiführung vor den Mitgliedern der SAP rechtfertigen wird!

Grimmes letzte Heldentat

Für das wichtige Gebiet der sozialen Hygiene gab es an den Deutschen Universitäten nur eine einzige ordentliche Professur, die der verstorbenen Professor Grotjahn inne hatte. Grotjahns Anschauungen auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik waren alles andere als sozialistisch. Aber immerhin war er ein ausgezeichneter Kenner des gesamten Gebietes der sozialen Hygiene und hatte sich dadurch Verdienste erworben, daß er diesem Zweige der Wissenschaft, der im Unterricht vollkommen vernachlässigt war, erst Anerkennung verschafft hat.

Grotjahns Leiche war noch nicht kalt, als der Sturm der Bewerber um seinen Lehrstuhl einsetzte. An der Spitze marschierte Prof. Chajes, Schwiegersohn von Eduard Bernstein und Preussischer Landtagsabgeordneter der SPD. Andere Qualifikationen für die Professur der sozialen Hygiene bringt er nicht mit. Chajes war Hautarzt, und schon seine Berufung als Gewerbehgieniker an die Technische Hochschule erregte allgemeines Befremden.

Jetzt hat der Kultusminister Grimme, kurz vor seinem Scheiden, noch einmal seine Macht genutzt — nicht im Interesse der Arbeiter-schaft, für die die Förderung der sozialen Hygiene von großer Bedeutung ist, sondern im Interesse eines Parteifreundes, der noch schnell einen Posten bekommen mußte.

Als ordentlichen Professor konnte man freilich Chajes der Universität nicht anbieten. Daher ließ man den einzigen ordentlichen Lehrstuhl für soziale Hygiene eingehen und begnügte sich mit einer außerordentlichen Professur. Ein übles Kapitel ungeschickter Parteibuch-Wirtschaft, mit dem Grimme sich verabschiedet.

Leser werbt für die SAZ

Zum Bankrott des Reformsozialismus und der Ultralinken

Von Andreas Portune

„Was notwendig ist, ist, daß wir einen gemeinsamen Boden haben, gemeinsame Grundanschauungen über die bürgerliche Gesellschaft einerseits, über die sozialistische andererseits; wo das nicht der Fall ist, da hört die Verständigung auf.“
Bebel, Parteitag 1899, Hannover.

Die sozialistische Idee hat am 21. April in Deutschland eine starke Einbuße an ihrer Werbekraft erlitten. Was besonders als Grundlage der Betrachtung für jeden ehrlichen Sozialisten gelten muß, ist, daß beide proletarischen Parteien, SPD wie KPD, für die Niederlage verantwortlich sind. Die Reformsozialisten haben sogar eine geringere Einbuße an Stimmen als die KPD, 5 Prozent gegen 10 Prozent der letzteren. Jedoch fällt zweifellos der weitaus größere Anteil an der Diskreditierung der sozialistischen Idee und seiner Werbekraft an die SPD.

Die Sozialdemokratie hat sich nach dem Tode Bebels konsequent zu einer bürgerlichen Reformpartei entwickelt, deren Führer nur noch den Namen Sozialdemokraten führen, deren Tätigkeit und Auffassungen mit der Sozialdemokratie bis an die Jahrhundertwende nichts mehr gemein haben.

Staatsverantwortung, Machtpositionen im Staat, in einer Zeit, wo das kapitalistische Gesellschaftssystem in allen Fugen kracht, wo eine Korruptionswelle die andere ablöst, führt nicht nur zur Mitverantwortung für das kapitalistische System, sondern auch zur Korruption einer Bewegung, deren Ziel einst der Sozialismus war. Brolat, Dr. Baade, Heilmann, Leinert usw. sind das getreue Spiegelbild des bürgerlichen Parvenus.

Bebel vertrat auf den Parteitagen den Standpunkt, daß in der Sozialdemokratie Theorie und Praxis eins sein müsse. In der Sozialdemokratie hat sich in dieser Hinsicht eine grundlegende Wandlung vollzogen.

Das Heidelberger Programm, schon auf den Reformismus zugeschnitten, ist nur noch Aushängeschild, dient dazu, gelegentlich in Versammlungen und Wahlreden, mit Radikalismen garniert, mißbraucht zu werden. Für die Taktik der SPD ist nur noch richtunggebend: Wie erwerben wir „Machtpositionen“? Würde die Sozialdemokratie auf der Grundlage eines sozialistischen Programms die Machteroberung betreiben, sie bekäme auch heute noch nicht einen Nachwächter zugebilligt.

Bebel zitierte einmal einen französischen Schriftsteller: „Wer vom Papst läßt, stirbt daran“. Die dauernde Koalition mit Zentrum, die Zusammenarbeit mit dem Klassengegner, hat nicht etwa zu einer Veränderung dieser kirchlich religiösen Partei geführt. Sie ist geblieben, wie sie war.

Das Programm der Kirche: Friede auf Erden und ... Du sollst nicht töten, Liebe Deinen Nächsten, verpflichtet die Zentrums- partei keinesfalls im Sinne dieses Programms

zu handeln. Praktisch halt es die Zentrums- partei mit dem Bischof Hahnel: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“.

Das taktische Gesicht der Sozialdemokratie gleicht heute der Zentrums- partei. Programm und Taktik verhalten sich zu einander wie die Zentrums- partei zu ihrem kirchlichen Programm. Die Sozialdemokratie hat nicht nur die Grundanschauung über die bürgerliche Gesellschaft geändert, sie hat sich bereits diese Grundanschauung selbst angeeignet. Deshalb mußte die Verständigung der Arbeiterklasse aufhören.

Die Sozialdemokratie kennt auch in der eigenen Organisation keine Demokratie an. Gäbe es in der Sozialdemokratie noch Demokratie, dann wäre es der Opposition gelungen, in der Partei die Macht zu erobern, die wieder zu einer gemeinsamen Grundanschauung geführt hätte. Anstatt Spaltung der Arbeiter- klasse, wären höchstens die im kapitalistischen Staat an den Machtpositionen persönlich interessierten sogenannten „Sozialisten“ dorthin gegangen, wo sie nach ihrer Grundanschauung hingehören, ins bürgerliche Lager. Es gäbe heute keine KP und keine SAP.

So wie die Sozialdemokratie in der eigenen Organisation die Demokratie beseitigte, so half sie praktisch durch Tolerierung des Artikels 48 im Staat die Freiheiten der bürgerlichen Demokratie beseitigen. So verhilft sie dem Faschismus zur legalen Machtergreifung. Der Faschismus braucht nur noch die seitherigen Regierungsmethoden zu übernehmen. Vorbild und Ausführung hat praktisch die Zentrums- partei und Sozialdemokratie demon- striert.

Wer vor sieben Jahren den sozialdemokratischen Arbeitern gesagt hätte: Ihr wählt das nächste Mal Hindenburg, der wäre für ver- rückt erklärt worden.

Wird die Sozialdemokratie, wenn es zu einer Koalition Hitlers mit dem Zentrum kommt, Hitler mitgliedern? Wird die Sozial- demokratie das Goennersche Hilfsdienstgesetz, verbunden mit Militarisation und Kasernie- rung der Jugend schlucken? Wird die Sozial- demokratie eine Verkopplung der Gewerk- schaften mit der Arbeitslosenversicherung schlucken, was gleichbedeutend wäre mit Ver- staatlichung der Gewerkschaften, also der Schaffung faschistischer Gewerkschaften?

Dieser Tage trat der Parteiaus- schuß in Berlin zusammen. Ueber seine Entschei- dungen wurde nichts bekannt. Wird er die SPD auf den Boden gemeinsamer Grund- anschauungen über bürgerliche Gesellschaft einerseits, über sozialistische andererseits, zu- rückgeführt haben, um eine Verständigung wieder möglich zu machen?

Ich glaube nicht mehr daran. Die so- genannten „Machtpositionen“ im Staat werden den heutigen Führern lieber sein als die Ein- heit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes.

Diese Liste mit Ulrich an der Spitze wurde gegen eine schwache Minderheit gewählt.

Die beiden Anträge zur Generalversam- lung wurden abgelehnt. Das ist ver- standlich, denn der eine verlangte, daß in der General- versammlung nur die in Wahlkörpern ge- wählten Delegierten Stimmrecht haben, während der andere die 12 000 Mark für DMV-Inserte im „Vorwärts“ streichen wollte. Zum Verbandstag wurden — eine reine Komödie — nur eine Reihe reform- lischer

Anträge ohne Debatte angenommen. Die von der Opposition gestellten Anträge wurden gar nicht zugelassen. Ein Antrag, die Ver- bandstagsdelegierten durch Urabstim- mung zu wählen, wurde abgelehnt. Da die von der KPD wie die von SAP und KPO- Kollegen gemeinsam vorgeschlagenen Kandi- daten „nicht die vorgeschriebene Unter- stützung“ fanden, wurde nur die SPD-Liste „zur Wahl“ gestellt und gegen 23 Stimmen für endgültig gewählt erklärt.

Verhindert den Verrat!

... erklärt der Abg. Grafmann im Namen seiner Partei ... Der freiwillige Arbeitsdienst darf nur als Zusatzarbeit von Jugendlichen eintreten.“

„Vorwärts“-Reichstagsbericht v. 10. Mai.)
Damit hat sich der zweite ADGB-Vor- sitzende Grafmann auch im Reichstag für den freiwilligen Arbeitsdienst ausgesprochen. Daß der freiwillige Arbeitsdienst die Vor- stufe zur Arbeitsdienstpflicht und daher das Eintreten für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst schlimmster Verrat der Arbeit- erinteressen ist, das hat selbst der „Vor- wärts“ festgestellt. Er zitiert in seiner „Abend“-Ausgabe vom 21. April eine Äußerung des faschistischen Generalmajors a. D. Paupel, 1. Vorsitzender des Volkshundes für Arbeitsdienst, wo Paupel die Begründung des freiwilligen Arbeitsdienstes als Vorstufe der Arbeitsdienstpflicht empfahl. Dazu schrieb der „Vorwärts“ damals:

„Diese Offenheit ist zu begrüßen. Sie warnt direkt vor dem Be- treten der Vorstufe des „frei- willigen“ Arbeitsdienstes zur Stufe der Arbeitsdienstpflicht-Zwangsarbeit, die noch billiger geleistet werden soll als der frei- willige Arbeitsdienst.“

Grafmann und mit ihm die SPD und der ADGB betreten trotz dem diese „Vorstufe“ und helfen so an der Einführung der Arbeits- dienstpflicht aktiv mit.

Dagegen müssen die Mitglieder in allen Gewerkschaften Sturm laufen und diesen Ver- rat verhindern.

Bauarbeiterstreik in Glauchau

Infolge von Tarifstreitigkeiten haben auch die hiesigen Bauarbeiter die Arbeit nieder- gelegt. Dadurch sind die Bauarbeiten am letzten Bauabschnitt der Muldeflutrinne zum Stillstand gekommen, ebenso der Bau der großen Eisenbahnbrücke im Zuge der Ver- legung der Muldetalbahn am Glauchauer Bahn- hof mit allen damit zusammenhängenden um- fangreichen Erdbewegungsarbeiten.

Buchdruckerstreik in Danzig

Gegen das Verbot der sozialdemokratischen „Volksstimme“

Als Protest gegen das auf drei Monate be- messene Verbot der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ sind am Donnerstag früh die Buchdrucker und Schriftsetzer sämtlicher bürgerlicher Zeitungen Danzigs in den Streik getreten. Die Streikenden verlangen von der Regierung Aufhebung des Verbots der „Volksstimme“.

Fünf Minuten vor zwölf!

Das Anwachsen der faschistischen Be- wegung bei den Landtagswahlen, neuer Lohn- abbau, Vorstoß zur Vernichtung der Sozial- versicherung, Arbeitsdienst. Das sind Dinge, die dem Arbeiter sein Letztes nehmen wollen. Jedem Arbeiter wird hierbei ein Ge- fühl der Abwehr kommen. Doch die meisten Genossen durch falsche Wege getäuscht. Eine erfolgreiche Abwehrarbeit kann nur von einem einigen Proletariat geleistet werden. Deshalb ist für die Arbeiterbewegung die pro- letarische Einheitsfront Lebensnotwendigkeit geworden. Jede Politik zur Bildung einer Ein- heitsfront stößt auf den energischen Wider- stand einer bestimmten SPD-Führerschaft, die den Boden des Klassenkampfes, das Ver- trauen zur Tatkraft des Arbeiters verloren hat. Doch das wäre nicht das entscheidende. Es ist jedoch diesen Führern gelungen, die Mit- glieder in ihre absolute Gefolgschaft zu brin- gen. Das ist ihnen jedoch nur gelungen durch eine Aufweichung vieler Grundsätze, wie z. B. die Religionsfrage. Aber auch die KPD steht einer wirklichen Einheitsfront ablehnend gegenüber, doch meine ich damit nur die Führerschaft. Für die KPD ist die SPD die Stütze des Kapitalismus. Aus dieser richtigen Voraussetzung folgert die KPD sehr falsch. Sie folgert, daß sie immer schärfer gegen die SPD zu kämpfen hat. Für die KPD ist die Sozialdemokratie zeitweise sogar der Haupt- feind, wie man es durch Namen „Sozial-

Die sozialdemokratische Zeitung ist von der faschistischen Regierung verboten worden, weil sie zu den Regierungsmaßnahmen scharf Stellung nahm und sich damit von den SPD- Blättern im Reich vorteilhaft unterschied. Alle Buchdrucker im ganzen Reich werden daher diesen politischen Streik gegen faschistische Diktatur mit Freuden begrüßen. Die Hugen- bergsche Tel.-Union meldet dazu, daß der Streik gegen den Willen des Verbandssekretärs Topfer durchgeführt worden sei und daß die Buchdrucker deshalb Topfer aus ihrem Orts- vorstand herausgewählt hatten. Wir können nicht nachprüfen, ob das stimmt. Es wäre be- schämend für die Verbandsbürokratie, würde aber den Kampfwillen der Danziger Buch- drucker nur in einem noch besseren Licht er- scheinen lassen.

An alle Buchdrucker im Deutschen Reich ergeht der Appell, Solidarität zu üben und den kämpfenden Danziger Buchdruckern nicht in den Rücken zu fallen!

Kommunistische Zeitung verboten

Das Chemnitzer Kommunistenblatt „Der Kämpfer“ ist auf drei Wochen bis einschließ- lich 31. Mai verboten worden. In der Begründung des Verbotes heißt es u. a.: „Die Be- richterstattung über das Verhalten der Polizei bei deren Vorgehen gegen die Demonstration der letzten Tage ist dazu bestimmt bzw. geeignet, die Unruhen, die sich in den letzten Tagen auf öffentlichen Straßen usw. zuge- tragen haben, zu steigern und damit die öffent- liche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.“ (Die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören die, die die Massen dem Hunger ausliefern, nicht die Berichte einer Zeitung, auch nicht einer kommunistischen.)

Achtung, Fliesenleger! Im Gegensatz zum Hauptbaugewerbe haben ein Teil der Fliesen- legerfirmen, ohne daß ein Schiedspruch vor- liegt, ganz einseitig und willkürlich die Löhne heruntergesetzt. Die organisierten Fliesen- leger haben es dort abgelehnt, zu den ein- seitig festgelegten Löhnen zu arbeiten und daraufhin wurden sie bei den Firmen Was- muth und Rosenfeld u. Co. entlassen. Diese Entlassung bedeutet eine Aussperrung. Wir ersuchen sämtliche Fliesenleger, strikte Solidarität zu üben.

Die Fachgruppenleitung der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerksbundes

Druckfehlerberichtigung.

In unserem Artikel: „Lösung der Buch- drucker — Zum Kampfe rüsten“ („SAZ“ vom 10. Mai) hat sich ein böser Druckfehler ein- geschlichen. Es steht dort „Gewerkschafts- diktatur“. Richtig muß es heißen: „Faschisti- sche Reaktion und Generalsdiktatur.“

faschisten“ usw. am besten erkennt. Erkennen wir einmal diese falsche Politik an, dann werden wir uns doch fragen: Ist es der KPD möglich, bei keiner grundlegenden Taktik- änderung mit der SPD in eine Einheitsfront einzutreten? Auf diese Frage kann der KPD und uns keiner besser antworten als Lenin. Er sagt: Einen mächtigeren Feind kann man unter größter Kraftanstrengung besiegen, wenn man unbedingt eine jede auch kleinste Möglichkeit ausnützt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, unzuverlässiger sein. Es bleiben uns also nur zwei Wege zur Bildung der Einheitsfront. Der eine wäre Verzicht auf die sozialdemokratischen Massen, der Weg der KPD, welcher keine Aussicht auf Erfolg hat. Der andere oder für uns der einzige ist der folgende:

Die KP muß die SP in eine Einheitsfront hineinzwingen.

Dies geschah seitens der KP 1926 beim Fürstenteneignungskampf. — Der Kapitalis- mus steht der Krise hilflos gegenüber. Der Faschismus soll einspringen, um auf Kosten der werktätigen Bevölkerung die Krise zu überwinden. Das sehen die Arbeiter. Jetzt ist es die Aufgabe, den richtigen Weg zur Ab- wehr zu zeigen: Die proletarische Einheits- front. Wenn man diese Stimmung in der Arbeiterschaft erzeugen kann, so werden auch die Führer der beiden großen Parteien sich nicht länger weigern können. Noch ist es fünf Minuten vor zwölf. Proleten, erwacht, es geht um euer Schicksal und das Schicksal eurer Kinder. Schließt euch zusammen!

Berliner DMV-Generalversammlung 23 SPD-Verbandsdelegierte ohne Urabstimmung gewählt

Die Generalversammlung des Metall- arbeiter-Verbandes, Verwaltung Berlin, am 9. Mai, hatte eine sehr reichhaltige Tages- ordnung. Neben dem Kassenbericht, Behand- lung der an die Gen.-Vers. gestellten Anträge, hatte sie so wichtige Punkte wie: Neuwahl der einen Hälfte der Ortsverwaltung, Jahres- bericht, Stellungnahme zum Ver- bandstag und Wahl der Delegier- ten. Es charakterisiert die immer mehr nur noch aus SPD-Bürokraten und SPD-Dauer- delegierten zusammengesetzte und von der Stimmung in der Mitgliedschaft fast unberührt Generalversammlung, daß diese Tages- ordnung in knapp 2½ Stunden durchgepaukt wurde.

Bevollmächtigter Ulrich gab den Bericht über das Jahr 1931. Er ergänzte im Wesent- lichen nur den gedruckt vorliegenden Jahres- bericht, der aber diesmal keine eigene Stel- lungnahme der Ortsverwaltung, sondern nur eine Wiedergabe der verschiedenen Lohnbewe- gungen, der Tätigkeit der einzelnen Ver- waltungsabteilungen und der Mitgliederbewe- gung enthält. Wichtig sind folgende Zahlen: Es fanden 262 Lohnbewegungen statt. Davon wurden 193 durch Vereinbarung, 47 durch Schiedspruch und 23 durch Streik erledigt. Es endeten: 29 mit Erfolg, 172 mit teilweise- m Erfolg, 61 ohne Erfolg. Die Mitgliederzahl ging von 79 000 auf 68 459 zurück, davon waren am Schluß des Jahres 29 000 arbeitslos und 14 000 Kurzarbeiter.

Zur allgemeinen politischen und wirtschaft- lichen Lage gebrauchte Ulrich, wie bei ihm üblich, radikale Worte gegen den Lohnabbau und das Vorgehen der Regierung gegen das Tarifrecht, verteidigte aber dabei die Politik

der SPD. Gegenüber der Taktik des DMV- Vorstandes machte Ulrich so etwas wie in Opposition. Sie, die Berliner OV., hätten dem Vorstand gegenüber erklärt, daß der Kurs geändert werden müsse (!?). Zur Stärkung der Kampfkraft des Verbandes müßten die Unterstützungen abgebaut werden. Der Mitgliederrückgang wäre gewiß sehr zu bedauern, aber daß in dieser unerhörten Kise doch soviel Kollegen dem Verband treu bleiben, wäre hoch zu werten. Zum Schluß wandte sich Ulrich gegen die RGO, zu deren Gegner- schaft jetzt noch die Nazis als Feinde der Gewerkschafter gekommen seien.

In der Diskussion vertrat Krauter ganz allgemein den Standpunkt der RGO.

Kollege Schädle wandte sich scharf gegen die reformistisch-staatsbejahende Politik der Gewerkschaftsführung, die mit schuld ist, daß der unausgesetzte Lohn- und Unterstützungs- raub von der herrschenden Klasse ohne ernst- haften Widerstand der Arbeiter und Gewerk- schaften durchgeführt werden kann. Wenn Ulrich jetzt endlich auch von einer Kurs- änderung spreche, dann verweise er darauf, daß das die Opposition schon seit Jahren ver- trete, aber deshalb von der SPD-Mehrheit so- gar verhöhnt und verfolgt würde. Man müsse daher einige Zweifel in die jetzige „Oppo- sition“ von Ulrich setzen. Es sprachen dann noch Vondame und Eckert, die ebenso wie Ulrich im Schlußwort nichts wesent- liches zu sagen hatten.

Bei der OV.-Neuwahl hatte die SPD-Frak- tion an Stelle des wegen Alters ausscheiden- den Kassierers Schmidt den Kollegen Barteldi sowie zum Beisitzer Franke und Kollegin M. Krause vorgeschlagen.